

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 24

Duisburg, den 16. Juni 1928

29. Jahrgang

Konsequenzen aus den letzten Wahlen

Schärfere Trennungslinien zu Kapitalismus und Marxismus

Wir tragen nach diesen Wahlen die Sorge um die Gestaltung des kulturellen Lebens des deutschen Volkes und um den sozialen Volksstaat in die Zukunft. Beides ist nicht so sehr abhängig von einer jeweiligen Regierungskonstellation, als vielmehr von dem Geiste, in dem sie geführt wird. Die Zunahme der sozialistischen und kommunistischen Stimmen ist ebensowenig ein Beweis für die Festigung des Volksstaates und für die Hebung der Lage der Arbeiterschaft, wie etwa der Rückgang der Demokratischen Partei oder der Deutschen Volkspartei ein Beweis für die Schwächung des Geistes des Industrie- und Börsenkapitals bedeuten würde. Die Probleme um den Sozialismus und um den Kapitalismus bleiben unverändert bestehen, denn sie wirken sich aus in gesellschaftlichen Unterströmungen, wohin die Macht und der Einfluß einer Partei nur noch selten dringen kann. Man vergißt viel zu sehr, daß z. B. der Kapitalismus erst in zweiter Linie eine Wirtschaftsform ist, sondern zunächst eine Weltanschauung, an die man mit der besten Gesetzgebungsmaschine gar nicht herankann.

Das Problem des Sozialismus ist heute, politisch gesehen, folgendes: Statt Verantwortung haben wir beim Sozialismus das System dem Treibenlassens: statt Demokratie Tagen hinter den Illusionen einer formlosen Massenherrschaft; statt Denken im Großen eine reine Interessengestaltung als Konstruktionsprinzip des gesellschaftlichen Lebens. Er ist in dieser Ansicht so „verkapitalisiert“, wie weite bürgerliche Schichten „marxistisch“ geworden sind. Der Sozialismus ist darin gar nichts anderes als zu Ende gedachtes bürgerliches Wirtschaftssystem. Weltanschaulich gesehen: der Sozialismus ist unheilbar an den Infektionen der materialistischen Geschichtsauffassung erkrankt. Wenn letzthin jemand in der „Tribüne“, der Beilage der „Rheinischen Zeitung“, Köln, schrieb, zwischen Sozialismus und Materialismus sei der gleiche Unterschied etwa wie zwischen Christentum und Materialismus, so hat zwar da der Wunsch bei diesem Gedanken Pate gestanden, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß der deutsche Sozialismus ohne seine materialistische Denkungsweise gar nicht möglich wäre.

Auf der Linie des Kapitalismus liegt heute stärkstens die Gefahr der Herausbildung einer neuen plutokratischen Tendenz mit all den sozialen Widerspiegelungen im Betriebs- und Arbeiterleben. Es ist das Drängen gewisser Schichten, die handarbeitenden Menschen in der Achtung und Wertung sinken zu lassen und einen immer tieferen Trennungsstrich zu schaffen zwischen Schichten mit und ohne soziale Geltung. Diese Ansicht sucht sich gleichermaßen auszudirken im politischen wie im weltanschaulichen Ringen.

Es wäre durchaus verfehlt, etwa zu glauben, der Volksstaat als Regierungsform sei in Gefahr. Selbst der Kapitalismus denkt heute nicht mehr daran, ihn abzubauen. Aber in Gefahr ist der Geist dieses Volksstaates als einer sozialen Demokratie, der das Miteinander in Arbeit und Verantwortung um-

schließt, in Gefahr ist das christliche Denken und die christliche Kultur.

Diese beiden Gefahrenpunkte gilt es klar zu sehen und danach zu handeln. Es ist auch nicht so, als ob die Gefahr für die Arbeiterschaft etwa lediglich nur beim Kapitalismus läge, sie liegt genau so beim Sozialismus.

Beides sehen, heißt nun nicht, solche Kräfte von der staatsverantwortlichen Bindung am liebsten entfernt zu sehen. Jede Schicht des Volkes hat ein Recht, an der Leitung des Staates mitzuarbeiten. Auch der Sozialist und der Unternehmer. Aber man soll auch in bürgerlichen Parteien wohl darauf achten, daß keine antisozialen Strömungen sich gefahrbringend in ihnen entwickeln können. Es ist selbstverständlich, daß das Unternehmertum gewisse wirtschaftliche Fragen anders sieht als die Arbeiterschaft, man kann über Lohnhöhe und Arbeitszeitausmaß debattieren; das ist noch keine soziale Reaktion; soziale Reaktion ist der Geist der sozialen Unduldsamkeit und der Mißachtung anderer Schichten. Wenn wir den Namen Hugenberg in diesem Zusammenhang nennen, dann zeigt das Wahlergebnis für die Deutschnationale Volkspartei, daß selbst eine Vertretung ernstgemeinter nationaler Auffassungen nicht stark genug ist, um (neben anderen Erscheinungen natürlich) solche antisoziale Last mitzutragen.

Die christlich denkende Arbeiterschaft muß klarer ihre eigenen Interessen und die des Staatsganzen sehen. Soziale Gestaltungen und soziale Nöte wachsen bei dem Arbeiter zunächst aus dem Betriebsleben. Dort fühlt er die Not, die Unruhe um seinen Standort, sein Gewertetwerden, das Maß der Achtung und des Ansehens, das er genießt. Daß ihn viele gegenwärtige Zustände reizen müssen, daß sie seine Seele aus dem Gleichgewicht bringen ist ja klar. Er fühlt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Armut, in der er sich häufig befindet. Aber er sieht nicht immer ein, daß der Arbeiter in dem Maße arm ist, wie er selbst arm sein will.

Seine Einstellung verleitet ihn oft, die Besserung der Zustände von gewissen Hazardspekulationen abhängig zu machen, als da sind: übertriebenes Hoffen auf die Staatsallmacht, Vertrauen auf den Stimmgabel, Suchen nach neuen Wirtschaftssystemen. Alles das sind Fragen, über die man als Ganzes reden kann, aber sie bringen den Arbeiter heute und morgen nicht vorwärts, sie verschaffen ihm heute kein Brot. Das tun ganz andere Faktoren, das tut erst die Gewerkschaft. Symptomatisch ist, daß man auch in christlichen Arbeiter- und Jugendschichten obengenannten Fragen übertriebene Macht zuschrieb, ihrer Erfüllung nachjagte und das Nächstliegende, die Arbeit für den Tag durch die gewerkschaftliche Organisation vernachlässigte. Diese Einstellung führte auch bei manchen Faktoren dazu, die Trennungslinien zwischen dem Sozialismus und christlicher Anschauung nicht mehr in der Schärfe zu sehen, weil man in gewissen Tendenzen

des Sozialismus eine Unterstützung für die eigene Anschauung zu finden hoffte.

Man macht eine Revolution der Idee, aber keine Revolution der Tat, d. h. kein Erkennen und Befolgen dessen, was notwendig ist, um heute schon dem kapitalistischen Wirtschaftssystem erfolgreich zu Leibe rücken zu können. Das kapitalistische System vertraut nicht oder wenig auf die Macht der Idee, sondern zunächst auf die Wucht der Kapitalkräfte, die zur Verfügung stehen. Dieser Macht des Privatkapitals kann man aber nur wirksam beikommen durch die geschlossene Kraft der Arbeiterschaft. Die „Revolutionäre“ werden aber jedesmal scheu, wenn sie für die gewerkschaftliche Organisation den Beitrag zahlen sollen. Das gilt vor allem für manche Tendenzen und Auswirkungen in der konfessionellen Jugendbewegung.

Aus dieser Einstellung ergab sich vielfach die Betätigung in der „christlich-sozialen Reichspartei“, die von Illusionisten großgezogen, Vorspanndienste für die Sozialdemokratie geleistet hat.

Man braucht sich dann nicht mehr zu wundern, daß auch eine solche Organisation, wie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dessen im Grunde sozialistischer Kern heute schon unverhüllt hervortritt, eine stärkere Anziehungskraft auf manche christlich denkende Arbeiter ausüben konnte. Sie übersehen über der Form eben den Inhalt. Das gleiche gilt von den sog. vaterländischen Verbänden aller Schattierungen. Sie alle, vom Reichsbanner bis zu den vaterländischen Verbänden, sind vom staatspolitischen und volkspolitischen Standpunkt aus gesehen, nicht nur überflüssig, sondern schädlich. Die christlich denkende Arbeiterschaft hat es sich zu überlegen, ob sie in den genannten Verbänden überhaupt mittun kann.

Die Trennungslinie zum Kapitalismus liegt vorläufig weniger im Aufstellen neuer sog. christlicher oder sozialistischer Wirtschaftssysteme, sondern im Kampf um die Auswirkung des kapitalistischen Geistes auf der Arbeitsstätte. Dort wird zunächst gerungen werden müssen um die bessere Stellung des Arbeiters, um seine Wertung und sein Recht, um die wirtschaftlichen Mittel, die man ihm zur Verfügung stellt (Lohn), um sein Familienleben (Arbeitszeit). Im Betrieb geht der Kampf um Mitwirkung und Mitverantwortung in der Wirtschaft. Damit allein natürlich ist es noch nicht getan. Ueber den Betrieb hinaus gilt es, die Kräfte geschlossen zu halten, um in breiterer Öffentlichkeit die Arbeiterschaft zur Gleichberechtigung in der Wirtschaft und in der Gesellschaft zu führen. Zu glauben, solche Kämpfe führen zu können nur mit Ideen, ohne die geschlossene Macht der gewerkschaftlichen Organisation, verrät schon mehr als Weltfremdheit.

Die christliche Arbeiterschaft dürfte sich darüber im Klaren sein, daß weder vom marxistischen Sozialismus noch vom Kapitalismus diejenigen Kräfte ausgehen können, die zum Aufbau eines Volksganzen notwendig sind. Dazu fehlen beiden die Voraussetzungen.

Es ist notwendig, zu erkennen, in welchem innerem Zusammenhang der sozialistische Geist und der kapitalistische Gedanke stehen. Es mag anerkannt bleiben, daß sowohl im Sozialismus wie im Kapitalismus gewisse wertvolle Kräfte wirken, es sei erinnert an die Kraft des organisatorischen Willens und eines unzweifelhaft vorhandenen idealen Fonds im Sozialismus, an die stark wirkende Energie und ungeheure Schaffenskraft im Kapitalismus, um dennoch zu sehen, daß die Gesamtkräfte, die in ihnen wirken, eher zum Unheil als zum Heil ausschlagen müssen.

Gemeinsam beim Sozialismus und beim Kapitalismus ist die materialistische Grundlage. Der deutsche Sozialismus hat sein Fundament in der materialistischen Geschichtsauffassung, in der Leugnung des letzten, ewigen Geistes als Schaffer und Beweger von allem und besonders in der Leugnung der sittlichen Bindung. Diese Leugnung der sittlichen Bindung und Verantwortung ließ dem Kapitalismus seine Ziele und Erfolge als Selbstzweck erscheinen, dem man unbedenklich alles opfern dürfte, dem Selbstzweck, der Frauen und Kinder in die Fabriken hineinsteckte und ohne Achselzucken Männer bei der Arbeit zusammenbrechen sah. Der Sozialismus formt genau wie der Kapitalismus sein Weltanschauungsproblem auf die enge

Formel um: Wie kann das Leben, das sich zwischen Leben und Tod erschöpft, auf äußerste Ergiebigkeit an Diesseitigem gebracht werden?

Aus solchen Anschauungen muß sich der Klassenkampf als Prinzip ergeben. Man kennt keine Gemeinschaft, weder der Familie, noch des Staates, sondern beide suchen die Familie zu unterminieren und vor allem eine christliche Erziehung der Kinder zu verhindern. Aus dem Gedanken des Klassenkampfes folgt die Idee der Diktatur. Dabei ist es in der Wirkung gleichgültig, ob es sich um die Diktatur des Kapitalbesitzes oder um die Diktatur des Proletariats handelt. Wer sich dieser Diktatur nicht fügt, der fliegt. Die Maßregelungen in den Betrieben, die wir erleben, sind die eine Seite, der Terror der Sozialisten gegen Andersdenkende, gegen christliche Arbeiter ist die andere Seite der Medaille.

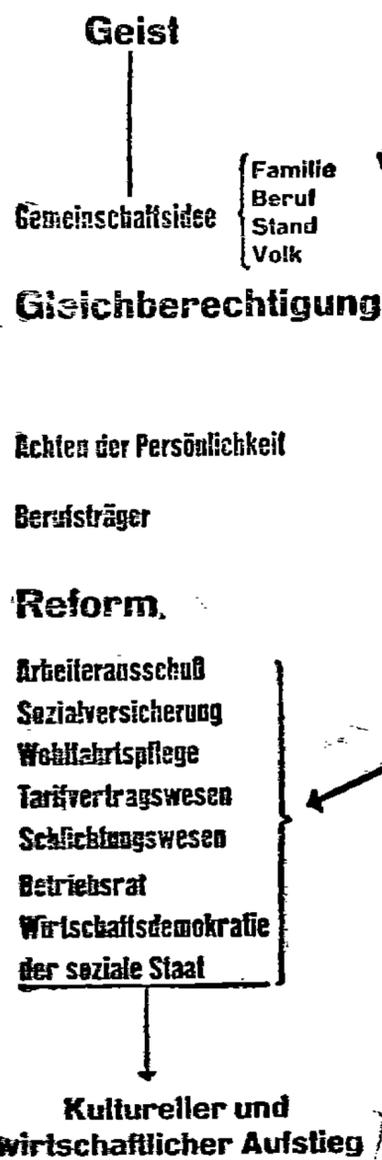
Und wohin treiben beide Kräfte? Zur Zerspaltung, zur Anarchie. Zur Unterdrückung der Arbeiterschaft oder nach Rußland, je nachdem, ob der „Führer“ Kapitalismus oder Sozialismus heißt. Aber nirgends zur Befriedigung, nirgends zum wirklichen Aufbau. Oder sollte etwa Mexiko, das von den Sozialisten so verteidigt wird, jenes Eldorado sein?

Die christliche Weltanschauung und daher auch die christliche Arbeiterbewegung setzen an die Spitze ihres Denkens Gott, als den Vater der Menschengeschichte, dem gegenüber jeder verantwortlich ist. Aus Gott fließt der Gedanke der Gemeinschaft, der sich ausprägt in Familie, in Beruf als der Pflichterfüllung an sich selbst; im Stand, im Volk, als dem großen lebendigen Organismus, der über allen Interessen zu stehen hat.

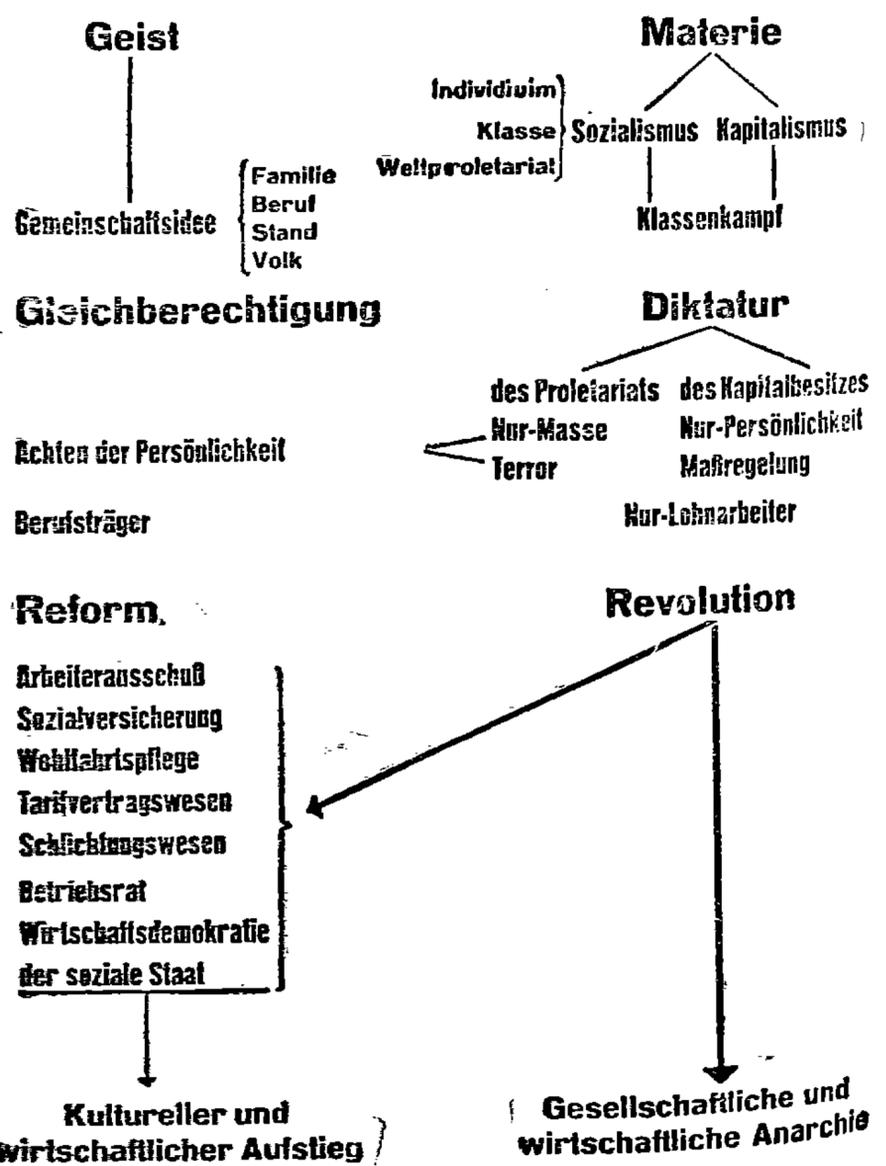
Aus der Gemeinschaft folgt der Gedanke der Demokratie, der sich auswirken muß in Gleichberechtigung und Gleichachtung. Wir wollen aus dem Massensein Persönlichkeiten zu gestalten suchen, aus dem Proletariat soll ein Arbeiterstand werden. Weil wir Gleichberechtigung verlangen, achten wir auch die Ueberzeugung der anderen. Aus Gemeinschaft

Arbeiterschaft und Weltanschauung.

christlich-soziale Weltanschauung



materialistische Weltanschauung



und Gleichberechtigung folgt die soziale Tat, die Reformarbeit.

Es sollte doch zu denken geben, daß die ganze deutsche soziale Gesetzgebung entweder in Opposition oder in gleichgültigem Beiseite stehen der Sozialisten gemacht wurde. Die soziale Tat kann wohl erwachsen aus dem Boden der Gemeinschaftsidee, aber niemals aus dem Boden des Klassenkampfes. Wenn die sozialistischen Gewerkschaften an der Hebung der Arbeiterschaft mitwirken wollen, können sie es nur mit dem Rüstzeug, das die christliche Idee ihnen bereitet hat; das ist der große Knick in der Auffassung der sozialistischen Gewerkschaften. Der sozialistische Gedanke müßte sie zur Utopie treiben, zur Revolution; da sie aber praktisch arbeiten müssen, können sie es mit ihrer sozialistischen Idee nicht

mehr, sondern beschreiten den Weg, den die christlichen Sozialreformer als den einzig gangbaren bezeichnet haben. Wir empfehlen unseren Kollegen, das beigelegte Schaubild sich gut anzusehen und zu durchdenken und möchten dabei besonders verweisen auf unsere Disposition: „Warum christliche Gewerkschaften?“

Unsere Kollegen mögen daraus ersehen, auf wie verschiedenen Fronten Kapitalismus und Sozialismus und dagegen der christliche Gedanke steht. Eine scharfe Trennungslinie zum Sozialismus ist erforderlich aus weltanschaulichen Gründen und um der Erhaltung der christlichen Familie halber. Dem Kapitalismus gehen wir am erfolgreichsten zu Leibe nicht durch Proklamierung neuer Wirtschaftssysteme, sondern durch energische Arbeit in der gewerkschaftlichen Organisation.

G. W.

Europäisches Zinkkartell und Weltpolitik

Es ist für den Deutschen, auch für den deutschen Arbeiter, bemerkenswert, zu wissen, nicht nur wie es um das Zinkkartell steht, sondern wie man, um die deutsche Zinkproduktion zu erdrosseln, das Gebiet der deutschen Zinkindustrie, Oberschlesien, gegen den Willen der Bewohner von Deutschland trennte. Ein Beweis mehr dafür, daß der Weltkrieg ein Wirtschaftskrieg war, entfesselt zum großen Teil aus dem Grunde, die deutsche Wirtschaft zu unterdrücken. D. Red.

Seit ungefähr zwei Jahren wird auf besonderes Betreiben der belgischen Produzentengruppen versucht, die europäischen Zinkerzeuger in einem Kartell zusammenzuschließen. Mehrfach wurden Zusammenkünfte in Brüssel anberaumt, die aber meistens nicht stattfanden, weil der Zusammenschluß an dem Widerstande der Engländer und teilweise auch an der Furcht vor der amerikanischen Konkurrenz scheiterte. Bei der Konferenz am 7. Mai in Brüssel ist es aber jetzt doch zur Gründung eines Kartells gekommen, an dem sämtliche europäische Produzenten, also Belgien, Deutschland, Polen, Italien, Frankreich, Norwegen und England beteiligt sind.

Die Vorteile eines gemeinsamen Vorgehens traten besonders im vergangenen Jahre klar zutage, als während des starken Sturzes der Bleipreise oft genug auch Zink in Gefahr kam, mitgerissen zu werden, wenn es nicht mit vereinten Kräften von belgischer und schlesischer Seite gestützt worden wäre. Die Sorge um die Weitergestaltung des Zinkweltmarkts ist aber in der letzten Zeit nicht geringer geworden; denn die Aussichten für das Bauwesen sind so ungünstig, daß mit einer Aufnahme der unablässig gesteigerten Weltproduktion nicht gerechnet werden kann.

Die Weltproduktion von Zink betrug (in Tonnen) in den Jahren:

1924	1925	1926	1927
997 947	1 131 592	1 237 762	1 370 467
davon entfallen auf Europa:			
454 273	515 315	541 165	626 958

Der amerikanische Anteil an der Zinkerzeugung ist in diesen Jahren stets etwa ebenso groß gewesen wie der gesamte Europas. Infolge der Einführung des neuen elektrolytischen Verfahrens, das die Zinkerzeugung aus geringhaltigen Erzen (mit 6 bis 10 Prozent Metallgehalt) ermöglicht, rechnet man im laufenden Jahre mit einer Zunahme der Weltzerzeugung um fast 120 000 Tonnen.

Ueber die reichsten Zinkvorkommen verfügen die Vereinigten Staaten von Amerika (Rocky Mountains und Mississippigebiet), Deutschland und Polen (Oberschlesien) sowie Australien (Broken-Hill).

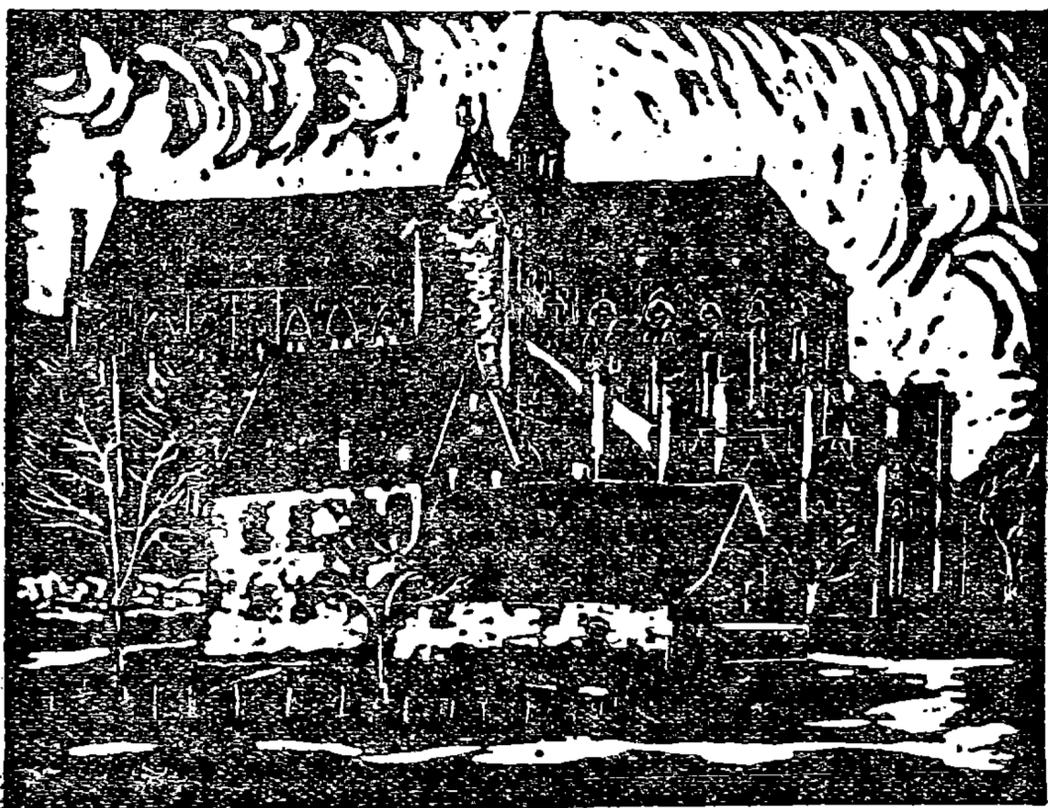
Außerdem weisen noch Mexiko, Kanada, Spanien, Italien, Rußland, Scandinavien, Japan, China und Nordafrika bedeutende Zinklagerstätten auf.

Vor dem Kriege spielte allein Europa für die Weltzinkindustrie unter Deutschlands Führung eine Rolle, während die Vereinigten Staaten einen in sich geschlossenen Markt bildeten, der seine Erzeugung restlos aufnahm. Da Deutschland nur etwa 70 Prozent der benötigten Erze förderte, hatte es sich die gesamte australische Erzeugung gesichert. Obwohl England in der Zinkindustrie nur eine geringe Rolle spielte, war es ihm gelungen, durch die 1862 in London gegründete Metallbörse den Zinkhandel an sich zu ziehen.

Während bei Ausbruch des Krieges Deutschland durch den Ausfall der australischen Erzeugung nur unerheblich litt, wurde durch die Besetzung Belgiens der Entente der Zinkbezug gesperrt. Damit war für Amerika der Zeitpunkt gekommen, die Herrschaft auf dem Zinkmarkt anzutreten. Seine Erzeugung stieg von 320 300 Tonnen im Jahre 1914 auf 607 400 Tonnen im Jahre 1917. England, Frankreich und Italien nahmen in den Jahren 1915 bis 1917 75,6, 85,3 und 86,6 Prozent der amerikanischen Erzeugung auf. Um ein späteres Wiederaufkommen der deutschen Zinkindustrie zu verhindern, zerstörte England die deutschen Organisationen des Erz- und Metallhandels durch sein Vorgehen gegen die deutschen Firmen im Auslande. Ferner wurde Australien veranlaßt, die mit Deutschland geschlossenen Verträge für ungültig zu erklären und der britischen Regierung die Zinkerzabente bis 1930 zur Verfügung zu stellen. Durch die Abstimmung über Oberschlesien erhielt England dann 1921 noch einmal die Möglichkeit, die deutsche Zinkindustrie vernichtend zu treffen. Trotzdem sich 60 Prozent der Bevölkerung für Deutschland entschieden, wurde damals beschlossen, Oberschlesien mit seiner Industrie zu teilen und

an Polen zu geben, darunter sämtliche Zinkhütten mit 86 Prozent der bisherigen Erzförderung. England gründete sofort unter Beteiligung der Zinc Corporation und zweier anderer Metallgesellschaften die Hencel-Donnersmarkt-Benthen Estate Ltd., der die Zinkhütten des Grafen Hencel übertragen wurden. Den weiteren kümmerlichen Rest von 14 Prozent haben dann die Amerikaner durch ihre Beteiligung an dem polnisch gewordenen Besitz von Giesche in Kattowitz an sich gerissen.

Zink gehört zu denjenigen Waren, die in Deutschland gleich zu Anfang der Kartellperiode im modernen Sinne kartelliert



Altenberg, die Stätte, wo Franz Röhr den Führernachwuchs unserer Bewegung schult

wurden. Zu jener Zeit, in der Mitte der 1880er Jahre, wurde zunächst eine lose *Konvention* gebildet, die auch auf Belgien und andere Länder ausgedehnt, jedoch später infolge Quotendifferenzen und anderer für die damalige Zeit typischer Kartellschwierigkeiten wieder aufgelöst wurde. Im Juni 1909 kam dann nach langen Verhandlungen ein festgefügtes *internationales Kartell* zustande, das fast alle deutschen und belgischen Hütten sowie die meisten englischen, französischen und österreichischen Produzenten umfaßte und erst im Jahre 1914 infolge des Krieges aufgelöst wurde. Nach dem Kriege wurden die Verhandlungen erst im Jahre 1926 wieder aufgenommen und haben nun zur Gründung des *Europäischen Zinkkartells* geführt. Es wurde zunächst die Errichtung eines Statistischen Büros beschlossen, das die Produktion, die Konsumtion und die sichtbaren Vorräte feststellen soll. Ein unmittelbarer Einfluß auf die Preisbildung soll nicht ausgeübt werden, da eine direkte Preisfestsetzung bei einem Konjunkturartikel wie Zink nur unter größten Schwierigkeiten und unter einem Risiko für Erzeuger und Verbraucher geschehen kann. Man will daher auf den Markt durch das Mittel der Produktionseinschränkung und Ausweitung wirken, wobei 26 Pfd. Sterling als niedrigste Preisgrenze und 25 000 Tonnen als Höchstgrenze für die europäischen Vorräte angenommen werden. Es ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte zu begrüßen, daß das Statistische Büro errichtet und damit die Möglichkeit geschaffen wird, den Zinkmarkt dem Einfluß spekulativer Momente zu entziehen.

Diese Absicht entspricht der modernen amerikanischen Bestrebung einer Konjunkturstabilisierung.

Offen ist zunächst noch das Verhältnis zu Amerika, das infolge seiner Antitrustgesetzgebung dem Kartell nur dann beitreten kann, wenn es seine Landesgesetze in dieser Hinsicht abändert. Der Beitritt der amerikanischen Zinkzeuger in irgend einer Form ist aber für das Kartell eine Notwendigkeit, da Amerika, auch wenn es in der Zinkproduktion nicht die führende Rolle wie an den Kupfermärkten durch das Kupferkonsortium spielt, die Pläne des europäischen Zinkkartells durch rigorose Konkurrenzmaßnahmen durchkreuzen kann. Zweifellos hat die Harriman-Anaconda-Gruppe im Hinblick auf ihre oberschlesischen Interessen Anlaß zur Rücksichtnahme auf die europäische Produktion. Im übrigen jedoch arbeiten die Amerikaner verhältnismäßig billig, und ihre Absichten gehen vor allem in der Richtung einer *Abjastigerung*. Die Aussichten einer *internationalen Zinkkartellierung* sind also noch immer ungewiß. Zunächst müßte das jetzt gegründete *europäische Kartell* seine Lebensfähigkeit mit Erfolg beweisen; erst dann wird vielleicht Amerika sich zur Fühlungnahme mit ihm bereit finden lassen. Bis dahin sind aber noch genug Schwierigkeiten zu überwinden, und zwar nicht nur die, welche der grundsätzlichen Interessensvereinbarung, sondern auch solche, die der Verteilung der Quoten innerhalb des europäischen Kartells entgegen stehen
Zadow-Berlin.

Die Anwendungsformen der Rationalisierung

II.

Die Rationalisierung ist, um das Gesagte kurz zusammenzufassen, nicht lediglich eine Angelegenheit des Einzelunternehmens, sondern auch der Volkswirtschaft und des Volkswohlstandes, an dem grundsätzlich jeder Staatsbürger beteiligt ist. Würde es gelingen, alle wirtschaftlichen Vorgänge in Deutschland, seien sie organisatorischer, technischer und finanzieller Natur, von jedem Leerlauf, jeder unnützen Belastung, jedem Mißverhältnis zwischen Kosten und Ertrag, zwischen Aufwand und Erfolg beseitigen, so würde damit eine Rationalisierungsarbeit geleistet werden, die dem Wohlbefinden jedes einzelnen Volksangehörigen dient. Diese allgemeine Erkenntnis läßt sich in — man kann sagen — Millionen und aber Millionen Einzelerkenntnisse auflösen. Ihre Gesamtheit und der Gesamterfolg aller denkbaren Maßnahmen machen den Inhalt der volkswirtschaftlichen Rationalisierung im weitesten Sinne aus. Das moderne Wirtschaftssystem beruht, trotz verschiedener, zum Teil sogar erheblicher Einschränkungen, auf dem Grundsatz der freien Entfaltung der Kräfte, und daher ist der sogenannte volkswirtschaftliche Rationalisierungsprozeß immer nur eine begriffliche Zusammenfassung von einzelnen Rationalisierungsprozessen, die in kleinerem oder größerem Kreise, in geringerem oder bedeutenderem Ausmaße durchgeführt werden.

Diese Ausführungen mögen noch ergänzt werden durch die Aufzählung einiger Programmpunkte des bedeutsamen Rationalisierungsprogramms Hoovers nach seiner Ernennung zum amerikanischen Handelsminister.

Dieses Programm, das einem der fähigsten organisatorischen Köpfe der Weltwirtschaft entsprungen ist, zeigt deutlich die Fülle der vorhandenen Möglichkeiten auf den verschiedensten Gebieten, an die man zumeist kaum denkt, die aber jedenfalls sämtlich erhebliche Bedeutung beanspruchen. Folgende mögen herausgegriffen werden:

- a) Ausmerzung von Vergendung beim Eisenbahntransport durch Schaffung ausreichender Möglichkeiten und besserer Methoden;
- b) energische Verbesserung der natürlichen Binnenwasserwege zwecks billigeren Transportes von Schwergütern;
- c) vermehrte Elektrifizierung des Landes zwecks Sparung von Heizmaterial und Arbeit;
- d) Verringerung der periodischen Wellen von Aufstieg und Niedergang der Konjunktur;
- e) verbesserter statistischer Dienst zur Ausmerzung des Zufalls und unrationeller Geschäftsspekulation;

- f) Verminderung der saisonweisen Beschäftigung im Bauge- werbe und anderen Industrien;
- g) Entwicklung genossenschaftlichen Absatzes und Schaffung besserer Einrichtungen an den Ladestationen landwirtschaftlicher Produkte zwecks rationaler Verteilungsgestaltung;
- h) Förderung des Schiedswesens im Handel, um die Vergendung durch Rechtsstreite zu verringern;
- i) Verringerung der Vergendung, die aus industriellen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstehen;
- j) Abschaffung der Vergendung durch unregelmäßige Absatzver- kehrungen, besonders von verderblichen Gütern, und dadurch entstehendes Ueberangebot oder Mangel;
- k) Verminderung der zu zahlreichen Glieder in der Verteilungs- kette;
- l) Abschaffung der Vergendung durch falsche Kreditvergabe;
- m) Bekämpfung der Vergendung durch unlauteren Wettbewerb;
- n) Sicherung gegen unnötige Zerstörung durch Feuer, Verkehrsunfälle usw.

Man sieht, wie schier unerschöpflich die Anwendungsformen der Rationalisierung sind, und welche kaum zu übersehenden Werte durch eine zielbewußte, alle Erscheinungen und Vorgänge umfassende Rationalisierung der Wirtschaft eines Volkes neu zugeführt oder — durch Vermeidung jeglicher Verschwendung — erhalten werden können.

Aber es hieße das Wesen der Rationalisierung verkennen oder nur die eine Seite des Problems sehen, wollte man glauben, ihre Anwendung beschränke sich auf die private Wirtschaft: auf Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und welche anderen wichtigen Zweige sie immer aufweist. Ihre andere, ebenso bedeutsame Seite ist: das Gemeinwesen, der Staat. Auch im Staatswesen wird es zunächst auf Rationalisierung des Betriebes, der einzelnen Behörde und des Verwaltungszweiges, ankommen. Darüber hinaus wird aber das Zusammenwirken aller öffentlichen Körperschaften — Reich, Länder und Gemeinden — nicht aus dem Auge verloren werden dürfen, um über die Rationalisierung des einzelnen Behördenbetriebes hinaus die höchste Leistungsfähigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung bei verhältnismäßig geringstem Kostenaufwand sicherzustellen.

Jede Kostenersparnis, die in der öffentlichen Finanzgebarung, in der öffentlichen Verwaltung und den öffentlichen Betrieben auf dem Wege der Rationalisierung erreichbar ist, kommt in einer Minderung der öffentlichen Lasten zum Ausdruck, befruchtet die

Wirtschaft und kommt der Volksgesamtheit zugute. Der nimmer ruhende Kreislauf, in dem sich staatliches und privatwirtschaftliches Geschehen vollzieht, die enge Verflechtung beider Faktoren, die ja in ihrer Gemeinsamkeit erst die nationale, die Volkswirtschaft ausmachen, lassen das Werk der Nationalisierung erst dann zur vollen Entfaltung ausreifen, wenn beide Träger der Gesamtwirtschaft in diesen Prozeß einbezogen werden. In Deutschland ist nunmehr der Zeitpunkt gekommen, in dem man diese Erkenntnis fruchtbar zu machen sucht.

Verschiedene Mittel sind auf den ihrer Natur nach verschiedenen Gebieten der öffentlichen und privaten Wirtschaft anzuwenden, um dem Grundsatz der Nationalisierung Geltung zu verschaffen. Gemeinsam wird diesen Bemühungen das Ziel sein müssen: zu einem Höchstgrad der Ergiebigkeit in der Volkswirtschaft zu gelangen. Um so eher wird dieses Ziel erreichbar sein, je mehr sich ein planmäßiges Zusammenwirken der Kräfte auf staats- und privatwirtschaftlichem Gebiet im Hinblick auf die Durchführung der Nationalisierung ermöglichen läßt. Z. V.

Stimmen zur Alters-Invalidenunterstützung

2. Klasse und Uebertritte

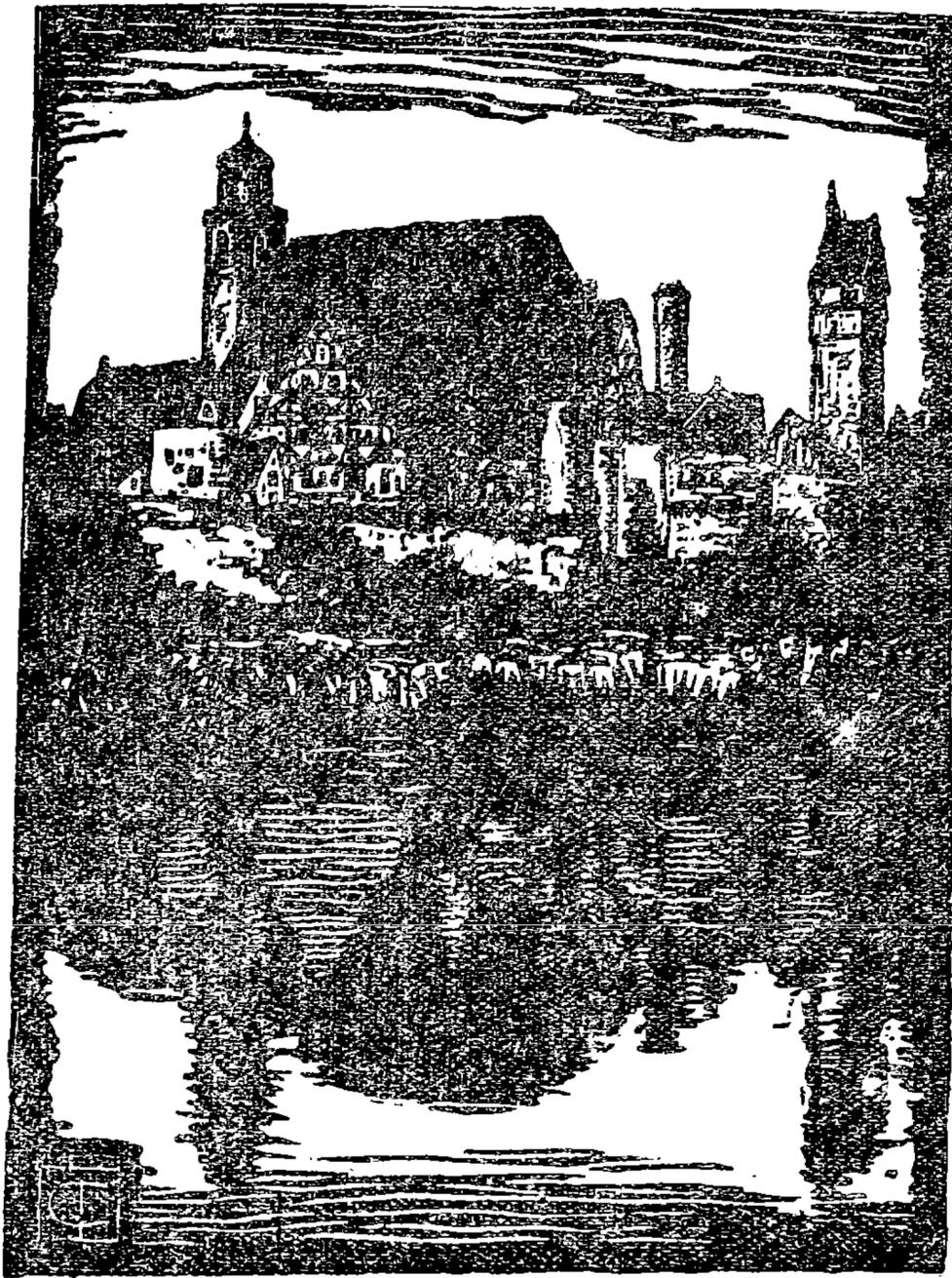
Wohl keine Unterstützungseinrichtung ist in unserem Verbands so freudig begrüßt worden, wie die Altersinvalidenunterstützung. Wenn bisher noch bange Zweifel darüber bestanden, ob überhaupt an die Einführung gedacht werden könne, so wird durch die Vorschläge des Vorstandes und Ausschusses die Sache greifbarer und gewinnt festere Formen. Wenn wir auch grundsätzlich daran festhalten müssen, daß die Versorgung der im Wirtschaftsleben Verbrauchten von der Allgemeinheit zu tragen ist, so gebieten uns Gründe der Solidarität doch, unsern alten Kollegen zu helfen, besonders da die gesetzliche Hilfe völlig unzureichend ist. Mancher Kollege, der bei der hastenden Nervosität der Betriebe dauernd die schwere Sorge für das Wohl seiner Familie mit sich herumträgt und der mit Schrecken an den Zeitpunkt denken muß, wo er nicht mehr als vollleistungsfähig gilt, kann nunmehr beruhigt diesem Zeitpunkte entgegensehen. Vor der allerschlimmsten Not bewahrt den alten Kollegen sein Verband. Dank seiner eigenen Opferfreudigkeit und dank der Solidarität der Kollegenschaft. Mit allen Mitteln muß in Zukunft an der Herabsetzung der Altersgrenze bei der gesetzlichen Altersrente gearbeitet werden.

Zu der Vorlage selbst einige Worte: Erfreulich ist, daß insbesondere den Mitgliedern, die als Gründer des Verbandes und erste Vorkämpfer in Frage kamen, bereits im Jahre 1932 die ersten Pensionen bezahlt werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Wie ist es dann mit Kollegen, die infolge der Abreaktion oder nachfolgender Werkstilllegungen arbeitslos wurden und bis zur Stunde keine Arbeit finden konnten? Ein Teil dieser Kollegen hat seine Mitgliedschaft aufrechterhalten, indem er einen Anerkennungsbeitrag an den Verband zahlte. Sollte da nicht die Möglichkeit gegeben sein, auch diese Kollegen in etwa zu berücksichtigen?

Dann erscheint mir der Unterstützungsatz in der II. Klasse doch im Verhältnis zur I. Beitragsklasse etwas zu hoch. Wenn die Kollegen die erste Klasse als Pflichtklasse zu betrachten haben, dann müssen wir entweder rücksichtslos jedem die Unterstützung verweigern, der nicht in der richtigen Klasse zahlt, oder es aber in anderer Weise fühlbar werden lassen.

Bei Uebertritten scheint das Alter von 40 Jahren etwas niedrig. Jedoch dürfte das zu beheben sein, wenn bis zu einer gewissen Uebergangszeit, auch alten Kollegen bis 45 oder 50 Jahren der Uebertritt ermöglicht werde. Das sei insbesondere von denen gesagt, die in letzter Zeit übergetreten sind. Eine Rentengewährung könnte allerdings nur dann erfolgen, wenn die Voraussetzungen zu Absatz 2 und zwar durch Beiträge in unserem Verbands erfüllt seien. So möge denn die Generalversammlung auch diesen Stein zum stolzen Bau unseres Christlichen Metallarbeiter-Verbandes einfügen. Wir Mitglieder aber sollen mit starkem Vertrauen auf die Kraft unserer Bewegung nicht rasten und ruhen bis der letzte Metallarbeiter, der zu uns gehört, dem Verbands zugesüßt ist.

J. Krott, Aachen.



C. Tiemann

Dinfelsbühl i. Bayern

Die Frage der Wartezeit

Mit großem Beifall wurde seinerzeit der Beschluß des Hauptvorstandes, eine Altersinvalidenunterstützung einzuführen, aufgenommen, und mancher Kollege freute sich, in seinen alten Tagen einen kleinen Zuschuß zu der karglichen Invalidenrente zu erhalten. Mit Angst und Bangen muß der Arbeiter ja an seine alten Tage denken und die Unzulänglichkeit der Invalidenrente zwingt ihn, zu arbeiten, bis er zusammenbricht. Deshalb zahlten manche Kollegen beim Bekanntwerden des obigen Beschlusses die erste Beitragsklasse, um sich auf diese Weise eine kleine Beihilfe zu sichern. Der kürzlich bekanntgegebene Vorschlag des Vorstandes hat jedoch bei viel älteren Mitgliedern eine bittere Enttäuschung hervorgerufen. Nach diesem Vorschlag haben die seit 1918 dem Verbands angehörigen Mitglieder erst Anspruch auf Rente, wenn sie bis zum Jahre 1939 arbeiten und Beiträge zahlen.

Viele Kollegen, die in den letzten 10 Jahren treu und brav und unter großen Opfern oft ihre Beiträge zahlten und bis 1939 nicht mehr arbeiten können, werden dann vollständig leer ausgehen. Daß die alten Kollegen, die schon vor dem Kriege dem Verbands angehört, mehr bekommen müssen, wie diejenigen, die erst seit dem Kriege beigetreten sind, liegt auf der Hand. Aber derartig hohe Leistungen, wie der Vorschlag des Vorstandes vorsieht, hätte wohl keiner erwartet. Bei vernünftigem Nachdenken muß jeder einsehen, daß die seit 1918 dem Verbands beigetretenen

ren Mitgliedern eine bittere Enttäuschung hervorgerufen. Nach diesem Vorschlag haben die seit 1918 dem Verbands angehörigen Mitglieder erst Anspruch auf Rente, wenn sie bis zum Jahre 1939 arbeiten und Beiträge zahlen.

Kollegen zu kurz kommen, zumal diese die Mittel für die Unterstützung doch in demselben Maße aufbringen helfen, weil die früheren Geldbestände durch die Inflation vernichtet sind. Es muß deshalb eine bessere soziale Rentenverteilung erfolgen, wozu ich mir folgenden Vorschlag erlaube: Für jedes Jahr seit der Stabilisierung unserer Währung, also seit Januar 1924, erhält das in die 1. Beitragsklasse zahlende Mitglied bei eintretender Invalidität monatlich eine Mark und für die Jahre vor 1924 monatlich 50 Pfennig. Ein Mitglied also, welches im Jahre 1910 in den Verband eingetreten ist, und 1934 Invalide wird, würde 14 mal 50 Pfennig, und 10 mal 1.— Mark gleich 17.— Mark monatlich, an Rente erhalten. Für die 2. Beitragsklasse könnten die Rentensätze entsprechend gesetzt werden. Bei diesem Vorschlag kämen auch die dem Verbands vor dem Jahre 1910 beigetretenen Mitglieder auf ihre Rechnung. Die zwölfjährige Karenzzeit, die erst mit dem Jahre 1927 ihren Anfang nehmen

soll, könnte dann vielleicht für die jetzt über 50 Jahre alten Mitglieder fallen, um auch diese noch in einen kleinen Genuß einer Invalidenrente zu bringen.

Der Vorschlag des Vorstandes sieht m. E. zu große Abstufungen vor. Ein Mitglied der 1. Klasse, welches in 12 Jahren 624 Beiträge entrichtet hat, soll 22 Mark Rente erhalten, es erhält oder auch nur 22 Mark derjenige, der in 17 Jahren 884 Beiträge bezahlt hat. Hierin liegt eine Härte, die durch eine größere Klassifizierung beseitigt werden könnte.

Ich möchte also bitten, zu erwägen, ob es nicht möglich gemacht werden kann, auf diese oder eine andere Weise den Wünschen derjenigen Mitglieder, welche 10 Jahre unter großen Opfern ihre Beiträge leisteten, und voraussichtlich die vorgesehene Wartezeit nicht mehr erfüllen können, gerecht zu werden.

Vertrauensmann Gustav Rafflenbeul.

Gesundheit der Industrie und Aufstieg der Arbeiterschaft

Die Zusammenhänge dieser Frage klar zu erkennen, ist für den christlichen Metallarbeiter äußerst bedeutungsvoll. Wir haben unseren in wirtschaftlichen Gesamtzusammenhängen sehr versierten Mitarbeiter Dr. Lufft ersucht, sich einmal zu diesem Problem zu äußern, zumal er als Mitglied der Schmalenbach-Kommission sehr wertvolle Einblicke in obengenannte Fragen erhielt. Zugleich ist dieser Artikel eine gute Ergänzung zu unserem Leitartikel. Wir bitten unsere Kollegen, sich kritisch zu dem Artikel von Lufft zu äußern. D. Red.

Daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich gegenüberstehen in jedem einzelnen Betrieb, das ist die selbstverständliche alltägliche Erfahrung des Arbeitslebens. Der eine Teil ordnet an, der andere führt aus; der eine Teil befiehlt, der andere hat zu gehorchen. Die Verfügung über die Produktionsmittel untersteht dem Arbeitgeber; der Arbeitnehmer ist gezwungen, um sich sein Brot zu verdienen, seine Arbeitskraft dem Arbeitgeber zu verkaufen. Dieser verfügt, wie über die Produktionsmittel, so auch über den Ertrag der gemeinsamen Arbeit. Wie er das Produkt der gemeinsamen Arbeit verkauft, das ist seine Sache, vielleicht mit sehr hohem Nutzen, vielleicht auch mit Verlust. Der Arbeitnehmer hat hierauf weder Einfluß, noch auch hat er Einblick in das geschäftliche Getriebe, in die Abrechnung, in das Verhältnis von „Ausgabe und Einnahme“. Große Mißstände sind hier möglich, die der Arbeiter von seinem Standpunkt aus direkt oder indirekt bemerken kann, ohne daß er in den Stand gesetzt wäre, sie abzustellen. In vielen Fällen könnten die praktischen Erfahrungen des Arbeiters in der Verbesserung des technischen Produktionsprozesses wie in der Organisation des Betriebes zu großem Vorteil verwendet werden, wenn nur der Arbeiter Gelegenheit hätte, seine Gedanken zur Geltung zu bringen. Groß ist auch zweifellos die Zahl der Mißverständnisse, welche ungeklärt bleiben, weil eben keine Gelegenheit zu gegenseitiger gründlicher Aussprache vorhanden ist. Also der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist so bekannt, so selbstverständlich, so klar, daß darüber kein Wort verloren zu werden braucht.

Es besteht also keine Gefahr, daß dieser, übrigens unter allgemeineren volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten keineswegs unwünschenswerte Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je verkannt wird — womit keineswegs gesagt sein soll, daß ein relativer Ausgleich dieses Gegensatzes nicht auch auf friedlichem und freundlichem Wege möglich ist —; wohl aber besteht die Gefahr, daß gerade die Unmittelbarkeit der Gegenüberstellung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im gewerblichen Arbeitsverhältnis die Gemeinsamkeit der Interessen beider Parteien gegenüber allen dritten Parteien allzu sehr in den Hintergrund treten läßt: denn schließlich sind eben Arbeitgeber und Arbeitnehmer in dem gleichen Unternehmen zusammengefaßt, und es kann weder dem Arbeitgeber noch dem Arbeitnehmer auf die Dauer gut gehen, wenn es dem Unternehmen selbst, das ihre Arbeitskraft vereinigt, nicht gut geht, wenn dieses aus irgendeinem Grunde rückständig und wettbewerbsunfähig ist. Wo nichts ist, da ist eben auch nichts zu verteilen. Daß bei der Verteilung des Erlöses der gemeinsamen Arbeit der Arbeitnehmer nicht zu kurz kommt, das muß in dem Gegensatz von Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer durchgesetzt werden. Aber zunächst muß der Erlös da sein.

Was von einzelnen Unternehmen gilt, das gilt auch von der ganzen Industrie. Die Industrie als solche hat gemeinsame Interessen gegenüber allen übrigen Ständen und Klassen der Bevölkerung, und sie tritt in Vertretung dieser gemeinsamen Interessen zwar keineswegs in einen grundsätzlichen, wohl aber in einen taktischen Gegensatz zu den übrigen produktiven und nichtproduktiven Klassen der Bevölkerung. Also der Wohlstand der Industrie, ihre Gesundheit und Kraft wird sich schließlich in einer erhöhten Lebenshaltung für alle Teile der Bevölkerung auswirken; zunächst aber braucht die Industrie Kraft und Stärke für sich selbst, und sie muß für die in ihr zusammengefaßten Schichten der Bevölkerung zunächst Sorge tragen. Die Industrie als solche hat aber gemeinsame Interessen zu vertreten im Verhältnis zur Landwirtschaft, zum Handwerk, zu Handel und Verkehr, vor allem auch zu den öffentlichen Verbänden, und zu den unproduktiven und nicht selbständigen Schichten der Bevölkerung.

In der mangelhaften Betonung der gemeinsamen Interessen eines einzelnen industriellen Unternehmens wie der Industrie überhaupt der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der leitenden und der ausführenden Arbeit, der Arbeit und des Kapitals — welche alle notwendigen Elemente des Produktionsprozesses darstellen — scheint uns eine große und wesentliche Schwäche unseres ganzen industriellen Systems, sowohl unter wirtschaftlichen wie unter sozialen und politischen Gesichtspunkten, zu liegen. Die unmittelbare Gegensätzlichkeit der Interessen in der Verteilung des gemeinsamen Produktes scheint den Blick von den weiteren gemeinsamen Interessen abzulenken. Es ist so ungefähr, wie in der Parabel von den Fröschen, die sich nicht auf einen König einigen konnten. Es gibt dann immer dritte Parteien, welche aus solcher Gegensätzlichkeit zum Schaden der unmittelbar Beteiligten Nutzen ziehen.

Dieser Vorwurf gilt wohl in gleicher Weise für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Man findet Arbeitgeber, denen Unterdrückung, Ausbeutung, möglichst schlechte und unwürdige Behandlung und Bezahlung ihrer Arbeiterschaft Selbstzweck zu sein scheint. Zum großen Teil sind diese Leute als Menschen und Persönlichkeiten so ärmlich und erbärmlich, daß sie ihre eigene Größe nur in der Unterdrückung und Mißachtung anderer sehen. Es muß übrigens hinzugefügt werden, daß solche Auffassung vielleicht noch weniger bei den Geschäftsinhabern und leitenden Direktoren selbst zu finden ist, als vielmehr bei solchen Direktoren, welche mehr nur eine Statistenstellung haben, sowie bei höheren und mittleren Beamten, denen ein gewisser Standes- und Kastendünkel durch unsere höhere Erziehung auf Gymnasien und Hochschulen beigebracht worden ist.

Aber auch gegen die Haltung vieler Arbeiter ist hier manches einzuwenden. Selbstverständlich kämpft der Arbeiter um eine Verbesserung seiner Lage, und dies ist nicht nur sein persönliches Recht, sondern auch seine nationale Pflicht. Aber oft steigert sich dieser gesunde Kampfeswillen bis zum blinden und bitteren Hass: „Wenn es nur dem Unternehmer, wenn es nur der Industrie schlecht geht, — wenn nur die leitenden Männer da oben auch einmal erfahren

Achtung!

Mit dieser Nummer geht unsere Erzählung

„Der Blitzschlosser von Wittenberg“

zu Ende. Sie zeigte am Schicksal eines einzelnen, wie man um die Freiheit einer guten Idee ringen muß, selbst mit Einsatz des persönlichen Moments. Wenn unsere Alten nicht mit Leben und Existenz um die Idee der Freiheit der Arbeiterschaft gerungen hätten, glaubt dann ein Mensch, wir wären als Arbeiter heute so weit, wie wir schon sind?

Aber Freiheit heißt nicht Ungebundenheit. Eine Freiheit will innerlich erarbeitet sein, will sich von vornherein ihrer Grenzen bewußt sein. Eine Freiheit ohne Bindung, eine Freiheit ohne Achtung vor der gerechten Autorität führt ins Elend. Das mag unsere nächste Erzählung beweisen:

„Der Bauernkönig“

von Otto Schaching. Die Geschichte spielt zur Zeit des großen Bauernkrieges von 1525 und gibt unsern Kollegen eine Anzahl wertvoller Fingerzeige über viele Fragen, die wir im Laufe der Jahre in unserem Verbandsorgan zusammen besprachen.

lernen, was Not und Elend heißt!" Solche Gefühle sind psychologisch begreiflich genug, wenn man den Hochmut, die Selbstüberschätzung, die Brutalität, sehr oft auch die Unfähigkeit vieler Männer sieht, welche sich Unternehmer nennen und vielleicht hochbezahlte Stellen innehaben. Solche Gefühle sind in dem schweren Kampfe der Arbeiterschaft auch gegen die Gefahr innerer Degradation durch Verzweiflung, durch das Elend des Alltags, durch Alkohol wertvoll, um nicht zu sagen notwendig, wie ein Stachel, den man in der Brust trägt und der ständig schmerzt. Aber Denken und Handeln der Arbeiterschaft selbst muß klar und klar unter sachlichen Gesichtspunkten geschehen.

Sich durch Stimmungen der Verbitterung und der Verzweiflung nicht den klaren Blick politischen und wirtschaftlichen Wollens trüben zu lassen, ist um so notwendiger, als der Kampf gegen den Feudalismus, diesen modernen Erzfeind der Arbeiterschaft und ihres Aufstieges in tausenderlei Verkleidung, diesen Feudalismus, der unsere produktiven Klassen überhaupt, unsere Arbeiterklasse im besonderen, niederdrückt, auf diesem Wege, also auf dem Wege eines von Erbitterung diktierten Kampfes gegen Unternehmen und Unternehmer überhaupt, nicht geführt werden kann. Er kann selbst dann nicht geführt werden, wenn der Direktor oder das Aufsichtsratsmitglied und der höhere oder mittlere Beamte, mit dem der Arbeiter es zu tun hat, durchaus in feudalistischen Anschauungen verstrickt sind und den Arbeiter dementsprechend als Ausbeutungsobjekt feudalistischer Vorrechte und Herrschaftsansprüche ansehen und behandeln. Oder läßt es sich etwa ein solcher Direktor oder ein solches Aufsichtsratsmitglied persönlich schlecht gehen, auch wenn es dem Unternehmen schlecht geht, auch wenn aus dem Arbeiter und dem unteren Beamten und Angestellten das möglichste herausgepreßt wird, um das Unternehmen und seine hohen Direktorengehälter zu erhalten. Diese Leute wissen also ihr Schäfchen immer ins Trockene zu bringen und sie werden auch, wenn sie das Unternehmen schließlich völlig herabgewirtschaftet haben, jedenfalls Mittel und Wege gefunden haben, soviel für sich zur Seite zu bringen, daß ihre eigene Existenz sichergestellt ist.

Der kapitalistische Geist, der Geist der Mehrproduktion, des Aufbaus, des wirtschaftlichen Wollens, der Anerkennung der Mehrleistung, ermöglicht gerade die Überwindung des feudalistischen Geistes, des Geistes der einseitigen Ausbeutung und Abhängigkeit, des Glaubens an die „Kulturschicht“ gegenüber den „Klaven-schichten“ der ausführenden Arbeit.

Es ist das Verhängnis der deutschen Arbeiterbewegung bis zum heutigen Tage geblieben, daß sie zwischen kapitalistischen und feudalistischen Geist nicht hinreichend unterschieden hat. Diese verhängnisvolle Vermischung zweier gegensätzlicher Weltanschauungs- und Willenseinstellungen geht auf Marx zurück. Dies ist aber ganz gewiß für unsere christliche Arbeiterschaft kein Grund, hier die entscheidende Trennungslinie nicht zu ziehen.

Achtung!

Dagegen sprechen sehr starke taktische Momente dafür, daß die Gemeinsamkeit der Interessen der Industrie, des einzelnen Unternehmens wie der Industrie im ganzen, sowohl bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitnehmern viel mehr in den Vordergrund gerückt werden sollte. Wenn mich mit meinem Partner und Cozins 70 Prozent gemeinsame Interessen verbinden, während bei den übrigen 30 Prozent unsere Interessen entgegengesetzt sind, so werden normaler- und vernünftigerweise jene 70 Prozent gemeinsamer Interessen unser Verhalten zueinander bestimmen und nicht diese 30 Prozent auseinanderstrebender Interessen. Wir werden uns beide sagen, daß in bezug auf diese restlichen 30 Prozent eine anständige und gerechte Regelung zweckmäßig erfolgen werde, damit wir die Hände frei bekommen für gemeinsame Vertretung jener 70 Prozent gemeinsamer Interessen. Wenn wir uns aber in diese restlichen 30 Prozent entgegengesetzter Interessen gegenseitig verbeißen und darüber die 70 Prozent gemeinsamer Interessen nicht mehr sehen, so ist die Wahrscheinlichkeit offenbar groß, daß wir über die 30 Prozent nicht zu einer Einigung gelangen werden, daß wir uns sogar darüber in immer wachsender Feindschaft und Erbitterung voneinander entfernen werden, wobei dann überdies nicht nur sachliche Fragen, sondern kleine persönliche Verstimmungen, oft auch Mißverständnisse eine Hauptrolle spielen.

Niemand wird leugnen, daß die 30 Prozent entgegengesetzter Interessen, welche Arbeitgeber und Arbeitnehmer heute trennen, im Bewußtsein sowohl der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer weit überwiegen, mit genau den Folgen, die wir eben geschildert haben. Das ist unzweckmäßig für beide Teile. Während sie sich über die Verteilung eines Felles streiten, schwimmen ihnen die anderen fort. Sie werden sich über die Verteilung dieses einen Felles relativ leicht einigen, wenn sie beide darauf achten, daß ihnen die übrigen Felle weder fortschwimmen noch von anderen fortgenommen werden. „Der Arbeitgeber will es nicht anders“, so heißt es auf Arbeitnehmerseite „Die Arbeiter wollen es nicht anders“, so heißt es auf Arbeitgeberseite. Es kommt wohl nur darauf an, den Anfang zu machen. Wer den starken und klaren Willen auf seiner Seite hat, der bestimmt eben in aller Regel die Entwicklung, und niemand wird behaupten wollen, daß die Männer solchen klaren, starken Willens dabei zu kurz kommen. Wie man in den Wald ruft, so tönt es zurück. Man muß aber eben in den Wald rufen klare, bestimmte Worte und Gedanken. Wenn man auf beiden Seiten nur auf verworrene Geräusche lauscht, die aus dem fremden Walde herüber tönen, so kommt man natürlich nicht weiter.

Zwei der wichtigsten Grundsätze im Programm der deutschen Arbeiterschaft müssen also in Zukunft lauten:

1. Die Industrie muß gesund, leistungsfähig, in vollem Umfange wettbewerbsfähig gehalten werden.
2. Der Industrie muß ihr voller Wertanteil an der gesamten nationalen Produktion gegeben werden.

Diese beiden Sätze gelten unabhängig voneinander. Der erste Satz besagt, daß der Anteil der Industrie an der gesamten nationalen Produktion sowohl der Menge wie dem Werte nach der vorhandenen Technik durchaus entsprechen soll. Der zweite Satz besagt, daß diese Wertproduktion auch den Schöpfern und Trägern dieser Wertproduktion zugute kommen soll. Damit dieser Wertanteil groß ist, dazu muß eben die Industrie in sich selbst gesund und leistungsfähig sein.

Erst der dritte Satz handelt dann von der gerechten Verteilung dieses industriellen Gesamtanteils zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen welche die Industrie aufbauen. Auch dieser Satz steht selbständig neben den beiden ersten, und in der Tat hat man die beiden ersten Sätze oft übersehen und sich ausschließlich mit dem dritten Satz beschäftigt. Aber zu einer sachlich befriedigenden Beantwortung des dritten Satzes ist offenbar eben die Voraussetzung: eine hohe Leistungsfähigkeit der Industrie und eine entsprechende Beteiligung der Industrie am nationalen Gesamtprodukt.

Die zwei ersten Sätze bilden aber nicht nur die sachliche Voraussetzung für eine befriedigende Lösung des dritten Satzes, sondern auch die taktische Voraussetzung. Es ist leichter, aus dem Vollen zu verteilen als aus dem Leeren, und man einigt sich leichter unter dem Gesichtspunkt überwiegender gemeinsamer Interessen, welche gemeinsam vertreten werden wollen, als unter dem Gesichtspunkt der momentanen und direkten Gegensätze. Dr. Hermann Lufft.

Gefahren u. Schutzmaßnahmen in galvanotechnischen Betrieben

Die Vergiftungs- und Erkrankungsgefahr in galvanischen Betrieben ist bei mangelnder Vorsicht infolge der zur Verwendung kommenden starkwirkenden bzw. giftigen Stoffen eine sehr große. Diese Stoffe wirken auf den Organismus des Menschen stark ein und können somit das Leben gefährden. In Betracht kommen flüssige, gasförmige und feste Stoffe, welche durch die Haut die Schleimhäute, dem Magen oder auf dem Luftweg in den Organismus gelangen. Es ist somit besondere Vorsicht zu gebrauchen und nach den vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen unbedingt zu handeln. Die Arbeitsräume, in denen jene Arbeiten ausgeführt werden, sollen genügend groß sein und viel Tageslicht haben. Um die giftigen Gase und Dämpfe aus den Arbeitsräumen fernzuhalten, bringt man Ventilatoren und Abzüge an. Die schlechte Luft ist durch gute zu ersetzen, somit müssen genügend Fenster an den Räumen vorhanden sein, und wird als allgemeine Norm ca. 10—15 Kubikmeter Luft pro Person gerechnet.

Leider findet man noch viele galvanische Anstalten oder sonstige chemische Abteilungen in solchen Räumen untergebracht, die für andere Fabrikationen ungeeignet sind. Ferner sind viele Räume dauernd durch künstliches Licht erhellt werden. Derartige Räume sind vollständig ungeeignet für jede Fabrikation.

Die meisten Unfälle entstehen zum Teil durch unsachliche Behandlung der Stoffe oder Zusammensetzung infolge Mangel an Kenntnissen. Man gewöhne sich deshalb von vorneherein auf peinlichste Sauberkeit, ob die Stoffe giftig sind oder nicht und vermeide wenn es möglich ist, ein Berühren der Stoffe mit den Händen. Denn durch die geringste Verletzung dringt das Gift in den Körper ein und kann durch gründliches und schnelles Abwaschen mit Wasser und Seife vermieden werden. Als ganz besonders schädliche Substanz ist das Cyankalium anzusprechen, ferner Quecksilber- und Bleisalze. Es sollen cyanalkaliumhaltige Lösungen nicht mit Säure oder sauren Lösungen vermischt werden, da sonst die giftige Blausäure dampfförmig entweicht und selbst bei geringen Mengen tödlich wirkt.

In Räumen, wo mit Quecksilber gearbeitet wird, ist für gute Lüftung zu sorgen, da sich Quecksilber bei gewöhnlicher Temperatur verflüchtigt und quecksilberhaltige Luft bildet. Diese Erscheinung führt später zu einer chronischen Quecksilbervergiftung. U. a. ist auch die schädliche Wirkung der Bleisalze zu nennen. Personen, die dauernd mit diesen Metallen zu arbeiten haben, sollen sich des öfteren einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, ehe ein unheilbares Siechtum eintritt. Es lassen sich diese Salze nur langsam aus dem Körper entfernen und bleiben zuweilen jahrelang in den Organen des Körpers angespeichert. Schädlich wirkt das Kupfer und seine Verbindungen auf den Organismus ein, jedoch wird es im gegebenen Fall durch Erbrechen selbsttätig aus dem Körper entfernt. Als weiter schädlich sind die Benzoldämpfe (Kautschuklack) und Ammoniakdämpfe (Zaponlack) zu nennen, wenn diese nicht durch geeignete Ventilatoren abgesaugt werden. Die Krankheitsercheinungen machen sich durch nervöse Störungen, Kopfschmerzen und Verdauungsstörungen bemerkbar.

Als weitere Hautkrankheit ist die Nickelkrätze zu nennen, die meist nur bei Personen mit empfindlicher Haut gegen Nickel-

lösungen auftreten und schnell heilbar sind. Man taucht die Hände etwa eine Viertelstunde in eine Auflösung von Natriumperborat, trocknet sie dann und reibt sie dann mit Vaseline oder Lanolin ein. Diese Manipulationen sind so oft zu wiederholen bis die Haut ihre ursprüngliche Glätte wieder erreicht hat. Als vorzügliches Händewaschmittel haben sich die Schwefelzuckerseifen sehr gut bewährt. Chlorkalk kann ebenfalls verwandt werden und besitzt gute desinfizierende Eigenschaften.

Wichtig ist vor allen Dingen in den Boiz- und Gelbbrennanlagen die Abführung der nitrosen Gase, welche im höchsten Grade gesundheitschädlich sind. Sie greifen die Atmungsorgane und Lunge stark an. Nach dem Einatmen von nitrosen Gasen tritt nach mehreren Stunden Uebelkeit, Brustschmerzen oder Atemnot ein. Die Zahl der Personen, die alljährlich durch die Einatmung von nitrosen Gasen verunglücken, sind erheblich.

Derartig verunglückte Personen sind sofort an frische Luft zu schaffen, künstliche Atmung ist anzuwenden und sofort ein Arzt herbeizurufen. In jeder Boizerei muß auf die Vergiftungsgefahr durch öffentlichen Anschlag hingewiesen werden. Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Boizereien darf nur unter strenger Aufsicht eines Meisters erfolgen. Besondere Schutzmaßnahmen für Schleifereien wurden vom Ministerium für Handel und Gewerbe bekannt gegeben. Auch hier ist eine gute Abführung des Schleif- und Polierschmuges unbedingte Notwendigkeit; ferner sind Schleifereien geräumig zu halten.

In allen Vergiftungsfällen heißt es „schnell handeln“ und ist das Gift durch geeignete Gegenmittel durch Erbrechen aus dem Körper zu bringen. Um das Gift so schnell als möglich aus dem Magen zu bringen, sind die wirksamsten Mittel: Erbrechen und Magenentleeren mit dem Schlauch, Da jedoch letzteres nur von geübter Hand vorgenommen werden kann, so kann man durch Trinken von viel Wasser die Wirkung des Giftes verringern.

Jeder gut eingerichtete chemische Betrieb soll im Bedarfsfalle folgende Gegenmittel zur Hand haben: gebrannte Magnesia, reines Kochsalz, Chlorkalk, Natriumbicarbonat, verdünnte Schwefelsäure-Lösung, Magnesiumsulfat, essigsaures Eisen, stark verdünnten Cerialgeist, Baumöl, Selterwasser und sämtliche Verbandmaterialien.

Bei der Vergiftung mit Säuren sind verschiedene Gegenmittel in Anwendung, und zwar bei Schwefelsäure-, Salpetersäure-, Chlorsäure-, Oxalsäure-, Essigsäure- und Essigspritoergiftung verabreiche man Natriumbicarbonat-Lösung oder eine Auflösung von gebrannter Magnesia in Wasser. Für Oxalsäurevergiftung verwendet man nur gebrannte Magnesia, und für Kohlensäure Olivenöl.

Als Gegenmittel für Kalz oder Natronlauge wird zitronensäurehaltiges Wasser oder Natur-Zitronenmoß verabreicht. Bei Ammoniakvergiftung leite man künstliche Atmung ein.

Bei Vergiftung durch Gase oder Säuredämpfe wird der



Uebelohde

„In einem kühlen Grunde . . .“

Verunglückte sofort an die frische Luft geschafft und künstliche Atmung vorgenommen, evtl. Natriumbikarbonat-Lösung eingegeben.

Eine der schwierigsten Behandlungen ist die des Arsens. Es kommen folgende Mittel zur Anwendung: Verabreichung von heißer Milch, Magnesia-Lösung, verdünntes Kalkwasser oder frisch gefälltes Eisenhydroxyd. Letzteres ist in den Apotheken vorrätig unter dem Namen antidotum arsenici.

Für leichte Blausäure-Vergiftung verabreicht man verdünnte Wasserstoffsuperoxyd-Lösung (2—3% tige) oder aber das bewährte, ungiftige Kobaltkaliumcyanid (0,5—1% tige Lösung). Durch die Wasserstoffsuperoxyd-Lösung wird die Blausäure in das ungiftige Ozamid übergeführt.

Blei und deren Verbindungen führe man durch Milch-Einweißlösung oder Magnesiumsulfatlösung ab.

Jodvergiftung behandle man mit Einweißlösung oder Weizenstärke-Brei; Kupfervergiftung mit heißer Milch oder verdünnte Lösung von gelbem Blutlaugensalz; Quecksilber mit größerer Mengen Milch und Mehlbrei; Cyankalium 15—20 Tropfen Calomielgeist in Haterschleim kalte Kopfschläge, verdünnte Wasserstoffsuperoxyd-Lösung oder Kobaltkaliumcyanid-Lösung. Die Arbeiterschaft leidet unter den Giften natürlich sehr, deshalb muß sie alle Hilfsmittel fordern und anwenden die notwendig sind, um den Einfluß der Gifte herabzusetzen. K. Schuch, Chemiker.

Schwerindustrielle Katastrophenpolitik und Saararbeiterschaft

Vor einigen Tagen ging eine Notiz durch einen Teil der Saarpresse, die sich mit den neuen Plänen gewisser französischer Kreise gegenüber dem Saargebiet befaßte. Nach dieser Veröffentlichung soll sich unter Führung des Generals Hirschhauer und anderer der „Aktion Française“ nahestehenden Kreise und unter Mißbrauch der französischen Kriegsbeschädigten und Frontkämpferorganisationen ein „Komitee“ gebildet haben, das wirtschaftspolitische Pläne verfolgt, an dem die Arbeiterschaft des Saargebietes nicht achtlos vorbeigehen darf. Denn die Verwirklichung dieser Pläne bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als die dauernde Verklauung und Ausbeutung der saardeutschen Arbeiterschaft durch den französischen Staat als Grubenbesitzer und das französisch-deutsch-belgisch-luxemburgisch-holländische und westschweizerische schwerindustrielle Unternehmertum. Denn daß nach allen Erfahrungen, welche die Arbeiterschaft des Saargebietes gemacht hat, der 1919/20 bedenklich schnell erfolgten Uebertragung der Mehrzahl der deutschen Saarwerke an französische Kapitalisten, die jetzt erfolgte Ernennung des Luxemburgers Kuchner als Generaldirektor des wieder „deutschen“ Neunkirchener Eisenwerkes, das jegige Verhalten der Unternehmer in der Lohnfrage, die deutschen Industriekapitalisten dem Plan ablehnend gegenüberstehen, erscheint ausgeschlossen. Auch das „Komitee des Forges“ steht dem Plane selbstverständlich sehr sympathisch gegenüber, wie ja überhaupt auch die Schwerindustrie des Saargebietes dem im Entstehen begriffenen französischen Rohestahlverband beitreten wird.

Der sehr raffiniert ausgeklügelte Plan verfolgt in großen Zügen folgendes Ziel: Das Saargebiet soll noch vor 1935 dem deutschen Reiche zurückgegeben werden. Auch Zoll- und handelspolitisch. Damit wäre auch zwangsläufig die Wiedereinführung der deutschen Währung an Stelle der unter Verletzung des Friedensvertrages eingeführten französischen Währung verbunden. Die Saargruben aber sollen auch in Zukunft im Besitze des französischen Staates bleiben. Selbstverständlich werden auch dann die französischen Aktionäre der Schwerindustrie nicht daran denken, ihre Aktien wieder in deutsche Hände zurückzugeben. Die beiden Schlüsselindustrien des Saargebietes wären also nach wie vor nicht in deutschen Händen. Vielleicht glaubt Herr General Hirschhauer, daß dann die Zeit in Verbindung mit diesen eigenartigen wirtschaftlichen Verhältnissen für Frankreich arbeitet und das erreicht wird, was bisher unmöglich war.

An diese Pläne knüpft nun ein Teil der Saarpresse einen flammenden Protest und stützt sich dabei in erster Linie — auf die Saararbeiterschaft. Wir wollen diesen Protest nicht als nationale Komödie bezeichnen. Wenn man aber sieht, daß gerade dieser Teil der Presse die Arbeiterschaft bei der jetzt in der Schwerindustrie laufenden Lohnbewegung vollständig im Stich läßt, diese mit keinem Worte erwähnt, so fällt es wirklich schwer, nicht von Affenkomödie zu reden. Die deutsche Arbeiterschaft des Saargebietes muß es sich verbitten, daß mit ihren nationalen Gefühlen Reklameproteste von den Kreisen aus persönlich-geschäftlichen Gründen fabriziert werden, die aus lauter Objektivität, d. h. Rücksicht auf die internationale Schwerindustrie des Saargebietes, die gut deutsche Arbeiterschaft in ihrem harten Existenzkampfe dauernd im Stich läßt.

Nach diesen notwendigen Feststellungen wollen wir uns mit der seit Monaten laufenden Lohnbewegung in der Schwerindustrie

befassen. In Nr. 22 des Verbandsorganes zeichneten wir in groben Umrissen ein Bild der im Saargebiet bezahlten unzureichenden Löhne und schilderten die von den Metallarbeiterorganisationen bisher unternommenen Schritte, eine Besserung herbeizuführen. Da bekanntlich die Unternehmer die Verhandlungen ablehnten, mußten die Verbände den Schlichtungsausschuß anrufen. Derselbe tagte am Freitag, den 25. Mai. Das Ergebnis beleuchtet folgende Notiz in der Tagespresse.

„Am 25. Mai trat der Schlichtungsausschuß Saarbrücken zur Regelung der Löhne der Arbeiterschaft der Schwerindustrie zusammen. Trotz sechsständiger Verhandlung kam der Schlichtungsausschuß zu keiner Einigung, so daß die Verhandlungen resultatlos verliefen.“

Zu dieser Notiz macht die „Saarbrücker Landeszeitung“ folgende Bemerkung: „Jeder Sozialdenkende wird diese Nachricht mit Bestürzung vernehmen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Lage speziell der Arbeiter in der Schwerindustrie besonders beklagenswert ist. Ohne einer Rentabilitätsberechnung in der Öffentlichkeit vorerst das Wort reden zu wollen, können wir jedoch feststellen, daß die derzeitige Wirtschaftslage der Werke ein entsprechendes Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer erlaubt. Wir hoffen, daß trotz des resultatlosen Verlaufes der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß sich beide Teile den Weg nicht so verbaut haben, daß weitere Verhandlungen nicht doch noch eine Einigung ermöglichen. Jedenfalls wäre eine solche in Güte vorgenommene jeder Kampfmaßnahme vorzuziehen, zu Nutz und Frommen beider Teile und nicht zuletzt der gesamten saarländischen Wirtschaft.“

Aus der Notiz über den Verlauf der Sitzung des Schlichtungsausschusses geht für den mit den saarländischen Verhältnissen Vertrauten klar hervor, daß die Unternehmerbeisitzer sich gegen jegliche Lohnhöhung aussprachen und der Vorsitzende entweder sich der Stimme bei den Abstimmungen enthielt oder aber von sich aus einen Vorschlag machte, der selbst von den wirklich im Saargebiet keine unerfüllbaren Forderungen stellenden Arbeitnehmerbeisitzer nicht angenommen werden konnte.

In der Sitzung des Schlichtungsausschusses konnte der Vertreter unseres Verbandes an Hand von mühsam zusammenggetragenem Material den Unternehmern beweisen, daß sie, angesichts der glänzenden Lage der Saarwerke, ganz gut in der Lage sind, eine Lohnhöhung zu gewähren. Alle Beweise aber prallten an dem schroffen „Nein“ der deutschen Vertreter der internationalen Schwerindustrie beim Schlichtungsausschuß ab. Und wenn die Gewerkschaften den Unternehmern die Geldmittel für eine Lohnhöhung hätten zur Verfügung stellen können, so wäre diese von den Unternehmern nicht bewilligt worden, denn man war „grundsätzlich“ gegen eine Lohnhöhung. Nach Ansicht dieses internationalen Ausbeutertums im Saargebiet braucht der deutsche Hüttenarbeiter an der Saar keine Lohnhöhung, braucht nicht besser zu leben, sich, Frau und Kinder zu kleiden, zu wohnen, als der auf den Vorbringer Hütten beschäftigte Unamate aus der französischen Kolonie.

Kolonie muß Kolonie bleiben, ob Frankreich unterstellt oder dem Völkerbunde.

Wenn dazu noch behauptet wird, die Eisenpreiserhöhungen seit Januar d. J. hätten für die Saarwerke, die 60 Prozent ihres

Produktion nach dem Reiche zu Goldmarkpreisen verkaufen und die auch zur Zeit auf dem Weltmarkt erhöhte Preise erzielen, nur Verluste gebracht, so ist ein anständiger Arbeitervertreter einer derartigen Nabalistik gegenüber machtlos. Was übrigens von dem, meist aus der „Deutschen Bergwerkszeitung“ entnommenen Material der internationalen Saarunternehmer zu halten ist (eigenes Material wird meist nicht vorgelegt), geht aus folgendem hervor.

Bei der Lohnabbauaktion Anfang 1927 erklärten die Unternehmer, der Gesamterlös aus Steinen (die Briebacher, Völklinger und Burbacher Hütte haben eigene Backsteinfabriken in ihren Hüttenwerken angelegt zur Ausnützung des bei der Produktion entfallenden Schlackensandes) betrage monatlich 190—210 000 Frs. An Hand einwandfreien Materials konnte bei den Verhandlungen nachgewiesen werden, daß allein die Briebacher Hütte monatlich über 600 000 Frs. an Verkauf von Steinen einnimmt. Die Löhne für die in den Backsteinbetrieben beschäftigten Arbeiter aber werden in der Roheisengestehung verrechnet und vermehren den Lohnanteil an der Tonne Rohstahl. Dasselbe gilt für die Zementfabriken der genannten Werke. Auf die ungeheuren Gewinne aus den übrigen Nebenprodukten der Saarlütten, u. a. Teer, schwefelsaures Ammoniak, Benzol, Thonmehl, Schlackenmaterial, Teermafakadam, Zementwaren, Gaskalk usw. usw., braucht nicht näher eingegangen zu werden. Diese betragen nach vorsichtiger Berechnung im Jahre 1927: 530—250 Millionen Franken. Trotzdem rechnet die saarländische Schwerindustrie 1927: beschäftigt 36 000 Arbeiter gleich monatlich 30 Mill. Franken Lohnsumme (Überstunden, die zahlreichen Sonntagschichten, Werksfeuerwehren, Spizel, Werkspolizei, Beiträge zu „gewissen“ Veranstaltungen usw. mit eingerechnet), durchschnittliche Monatserzeugung 170 000 To. Rohstahl, ist 30 Prozent Lohnanteil an der Tonne Rohstahl. Und auf Grund dieser lächerlichen Berechnungen werden in der Völklerbundskolonie Saarabien Erhöhungen der Löhne abgelehnt. Der Schlichtungsausschuß,

ohne Verbindlichkeitserklärung ein Messer ohne Hest, an dem die Klinge fehlt, auch das Ideal reichsdeutscher Scharfmacher und Kommunisten, ist in die Lage des Greifes auf dem Dache gedrängt.

Der Regierungskommission, die ja in erster Linie Schuld trägt an dem mangelhaften Ausbau des saarländischen Schlichtungs- und Einigungswezens, wurde von den Organisationen selbstverständlich Mitteilung von dem famosen Ausgang der Verhandlungen gemacht. An ihr liegt es jetzt, ausgestattet mit dem ganzen moralischen Ansehen, das ihr der Völklerbundsrat verliehen, den Unternehmern zu sagen, daß sie mit dem Wohl der Saararbeiterschaft Schindluder treiben und dieses im Völklerbundslande nicht so weitergehen darf. Mittel und Wege müssen gefunden werden, um entweder in direkten Verhandlungen der Parteien oder aber durch eine neue Sitzung des Schlichtungsausschusses das durch das Verhalten der Unternehmer an der Arbeiterschaft verübte Unrecht wieder gut zu machen. Nur, aber auch nur dadurch wird schwerer Schaden im Saargebiet verhindert.

Daß die Kommunisten jetzt wieder von direkten Aktionen usw. reden, die Gewerkschaften als überflüssig und die Führer als Verräter beschimpfen, ist selbstverständlich. Dies sind aber Dinge von nebensächlicher Bedeutung. Das wichtigste ist das Verhalten in der Saarlüttenindustrie selbst. Schon oft genug haben wir es ausgesprochen, sind aber gezwungen, es nochmals zu wiederholen, die sich jetzt wiederzeigenden Vorfälle wären unmöglich, wenn die Arbeiterschaft endlich mal restlos den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation fände. Wenn auch in der Vergangenheit und z. T. auch heute noch im Saargebiet durch den politischen Kampf innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes manches geschah, um die Arbeiterschaft dem Organisationsgedanken zu entfremden, so müßte der gesunde Sinn über diese Dinge hinwegkommen und alles daransetzen, daß der letzte organisationsfähige Hüttenarbeiter den Weg zur Gewerkschaft findet und damit mithilft, daß im Saargebiet endlich auch mal die Sonne für die Arbeiterschaft scheint.

(10-1)



Krankheit und fristlose Entlassung

Der Beizer K. von der Herminenhütte Laband (Oberschlesien) meldete sich am 11. Januar 1928 krank. Von seinem Kassenarzt Dr. U. Laband, wird er dem Krankenhaus Gleiwitz zu einer dreitägigen Beobachtung überwiesen. Am Sonnabend, 14. Januar, wird er von hier aus entlassen. Der Entlassungsschein enthielt den Vermerk: „Anizidität“, zur weiteren Behandlung dem Revier überwiesen. Am Sonntag, 15. Januar, bekommt K. einen Krampfanfall, welcher zur Bewußtlosigkeit führte. Durch seine Frau wurde sofort um den Arzt Dr. U. geschickt. Nach zwei Stunden erschien der Arzt, stellte die Temperatur fest und verschrieb eine Medizin. Am Dienstag, 17. Januar, begibt sich die Frau wieder zum Arzt, um neue Medizin zu holen. Dort wurde ihr von demselben erklärt, er habe mit diesem Fall nichts mehr zu tun, verabsolgt ihr jedoch die gewünschte Arznei. Als am 20. Januar die Frau wieder zum Arzt hingehet, erhält sie von diesem zur Antwort: „Für mich ist der Kerl ab 16. Januar gesund, nehmen Sie den Besen und jagen Sie ihn aus dem Bett.“ Daraufhin schrieb der Arzt an demselben Tage den Entlassungsschein mit dem Vermerk: „Ab 16. 1. arbeitsfähig.“ K. begibt sich nun selbst zum Arzt, um ihm mitzuteilen, daß er zur Wiederaufnahme der Arbeit doch noch zu schwach sei. Dr. U. erklärte ihm: „Ihre Papiere liegen auf der Hütte schon fertig, Sie sind entlassen.“ Als sich nun K. nach der Hütte begab, um über die Ursache der Entlassung zu fragen, wollte ihm die Verwaltung sofort die Papiere aushändigen, die er jedoch nicht an sich nahm.

Gegen diese fristlose Entlassung wurde durch den Christlichen Metallarbeiterverband Gleiwitz fristgerecht Einspruch eingelegt. In der am 20. Februar 1928 vor dem Arbeitsgericht Gleiwitz stattgefundenen Verhandlung wird der Kläger mit der Klage kostenpflichtig abgewiesen.

In den Entlassungsgründen waren nur die Aussagen des Zeugen Dr. U. glaubhaft und unwiderlegt anzusehen worden. Wörtlich heißt es darin: „Selbst wenn am 16. und 17. Januar 1928 ein erneuter Anfall den Kläger aus dem Bett jesselte, konnte er dann nach der Art seines hysterischen Leidens innerhalb der in der Arbeitsordnung vorgesehenen Frist wieder Dienst tun oder es wenigstens versuchen, zumal er vom Arzt gezwungen worden war. Danach durfte die Beklagte sein Ausbleiben als grundlos ansehen, und sie hat ihn mit Recht fristlos entlassen. Damit entfällt der Klageanspruch in vollem Umfang.“

Gegen dieses Urteil wurde vom Christlichen Metallarbeiterverband Gleiwitz die Berufung vor dem Landesarbeitsgericht Gleiwitz eingelegt. In der am 30. Mai vor dem Landesarbeitsgericht stattgefundenen Ver-

handlung wurde durch Gewerkschaftssekretär G o r z a m s k i auf die Unhaltbarkeit des erstinstanzlichen Urteils hingewiesen. Der Vertreter der Beklagten versuchte nachzuweisen, daß es nicht darauf ankommt, ob dem Kläger der Entlassungsschein ausgehändigt wird, vielmehr genüge es, wenn dem Beklagten durch den Arzt gelagt wird, er sei arbeitsfähig. Nach längerer Beratung kam das Landesarbeitsgericht zu der Ueberzeugung, daß der Kläger im berechtigten Glauben gehandelt habe, er befinde sich noch in Revierbehandlung. Hätte der Arzt den Kläger für arbeitsfähig erklären wollen, so genüge nicht eine mündliche Mitteilung, sondern der Arzt war verpflichtet, dem Kläger den Entlassungsschein auszustellen mit dem Vermerk „arbeitsfähig“. Demnach mußte das erstinstanzliche Urteil aufgehoben werden: die fristlose Entlassung wird als Ungerechtigkeit angesehen, die Beklagte wird zur Wiedereinstellung, im Falle der Nichtwiedereinstellung zur Zahlung von 980 M. verurteilt.

Sonderbare Interessenvertretung

Am 26. April d. J. tagte der Schlichtungsausschuß Aachen in der Lohnstreitsache der Aachener Nadelarbeiter. Das bisherige Lohnabkommen war bereits am 24. Februar zum 1. April gekündigt worden. Verhandlungen mit den Arbeitgebern verliefen ergebnislos. Daraufhin fand dann, wie oben gesagt, am 26. April die Sitzung des Schlichtungsausschusses statt, der dann folgenden Schiedsspruch fällte.

1. Ab Lohnwoche, in die der 27. 4. 1928 fällt, wird die nicht affordfähige Feuerungszulage von 24 auf 36 Prozent erhöht.

2. Die Löhne der jugendlichen männlichen und weiblichen Arbeiter einschließlich der Lehrlinge werden um 10 Prozent erhöht.

3. Dieses Lohnabkommen gilt bis auf weiteres und kann mit der bisher geltenden Frist erstmalig zum 1. 12. 29 gekündigt werden.

Erklärungsfrist über Annahme dieses Spruches wird auf den 3. Mai 1928 festgesetzt.

Nun entstanden in einigen Betrieben der Nadelindustrie Meinungsverschiedenheiten über den Begriff der laufenden Lohnwoche. Der Begriff laufende Lohnwoche ist in den einzelnen Betrieben verschieden. In dem einen Betrieb läuft die Lohnwoche von Samstag bis Freitag einschließlich, während sie in anderen Donnerstags, Mittwochs und sogar Dienstags ihren Abschluß findet. Die Absicht des Schlichtungsausschusses war nun die, daß die Firmen die Lohnhöhung, die eigentlich im Anschluß an den abgeschlossenen Tarifvertrag erfolgen sollte, also 1. April zu zahlen hätten, ab laufende Lohnwoche. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Schlicht-

tungsausschuß am 26. April, also Donnerstags, sagte, dann dürfte es jedem klar sein, daß auch in den Fällen, bei denen der Lohnwöchenschluß auf Freitag, den 27., fällt, selbstverständlich die Lohnerhöhung für die laufende Lohnwoche, in die der 27., das heißt also die Woche von 21. bis 27. zu zahlen ist.

Zu dieser selbstverständlichen Auffassung konnten sich die Vertreter der freien Gewerkschaften leider nicht aufschwingen. Sie vertraten zunächst in den Betrieben die Auffassung, daß die kommende Lohnwoche gemeint sei. Auch in der nachfolgenden Verhandlung, wo die Frage aufgeworfen wurde und wo die Arbeitgeber, gewisigt durch die Auseinandersetzungen in den Betrieben, den gleichen Standpunkt vertraten, hielt der Deutsche Metallarbeiterverband seinen Standpunkt aufrecht. Wie dieser Standpunkt im Einklang mit dem Schiedsspruch zu bringen ist, ist sowohl dem Christlichen wie auch dem Gewerkschaftsverein Hirsch-Düncker absolut nicht klar. Nachdem der Christliche Metallarbeiterverband seine Betriebsräte aufgefordert hat, in den Betrieben die Durchführung der Nachzahlung auf Grund des Schiedsspruches zu verlangen, weigerten sich bei der Firma Kammerz sowohl wie auch bei Prinz die sozialistischen Betriebsräte, dieses mitzumachen. Einen größeren Gefallen wie diesen, der bei jedem Arbeiter im Durchschnitt 3 M pro Woche oder für die gesamte Industrie annähernd 10 000 M ausmacht, konnte der Deutsche Metallarbeiterverband dem „verhassten Kapitalismus“ nicht machen.

Der Arbeiterschaft der Nadelindustrie möge diese Handlungsweise ein Fingerzeig dafür sein, wie ihre Interessenvertretung im sozialistischen Metallarbeiterverband gewahrt wird. Der Christliche Metallarbeiterverband wird diese Angelegenheit weiter verfolgen und auf Durchführung des Schiedsspruches drängen. K.

Büromaschinenmechaniker

Der mit dem Reichsverband der Büromaschinenhändler Landesverband Rheinland und Westfalen und dem Christlichen Metallarbeiterverband abgeschlossene Bezirkstarifvertrag wurde am 1. Januar zum 31. März 1928 von der Händlervereinigung gekündigt. Gleichzeitig kündigte auch der Christliche Metallarbeiterverband zu demselben Termin den Vertrag. Der Grund der Kündigung bei der Händlervereinigung war: Abbau des tariflichen Urlaubs mit der besonderen Begründung, „das Gewerbe“ könne den vereinbarten Urlaub nicht tragen. Von unserem Verbands wurde die Forderung erhoben, den Urlaub zu erhöhen und ganz besonders Wert auf die Erhöhung des Urlaubs für Lehrlinge gelegt.

Die Verhandlungen gestalteten sich in Anbetracht der weit auseinandergehenden Kündigungsgründe schwierig und drohten mehrmals ganz zu scheitern. Die Herren Arbeitgeber mußten sich im Laufe der mehrmaligen Verhandlungen jedoch davon überzeugen lassen, daß der seit Jahren bestehende Urlaub vom Gewerbe getragen werden könne. Die Erhöhung des

Lehrlingsurlaubes wurde unsererseits damit begründet, daß die an einen jungen, gerade aus der Schule entlassenen Menschen gestellten Anforderungen bei der heutigen Zeit außerordentlich hoch seien. Diese jungen Menschen haben bis zum Eintritt in die Lehrstelle im Jahre im Durchschnitt 9 bis 11 Wochen schulfrei (Serien) gehabt, welches jetzt mit einem Schlag trotz erhöhter körperlicher und geistiger Anstrengungen fast ganz aufhöre. Der tarifliche Urlaub sei zu gering, es müsse ein Weg gefunden werden, der den jungen Menschen in seinen Entwicklungsjahren eine gerechte Erholung gönne. Nach langem Hin und Her konnte dann im April der Bezirkstarifvertrag wieder neu abgeschlossen werden.

Wie schon erwähnt, war die neue Regelung des Urlaubs die strittigste Frage. Folgende Regelung wurde getroffen:

Urlaub unter Fortzahlung des Verdienstes wird möglichst in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober des Jahres wie folgt gewährt: im 1. Berufsjahre 4 Tage; im 2. Berufsjahre 6 Tage; im 3. Berufsjahre 8 Tage; im 4. Berufsjahre 10 Tage; im 5. Berufsjahre 12 Tage.

Die Lehrlinge erhalten in jedem Lehrjahre unter Fortzahlung ihres Lohnes wie folgt Urlaub: im 1. Lehrjahre 6 Tage; im 2. Lehrjahre 5 Tage; im 3. Lehrjahre 4 Tage; im 4. Lehrjahre 4 Tage.

Die Urlaubszeit wird durch den Arbeitgeber nach Rücksprache mit dem Werkstattdirektor bzw. Betriebsobmann, wo solche nicht vorhanden sind mit dem betreffenden Mechaniker selbst festgelegt. Tritt ein Arbeitnehmer vor Inanspruchnahme des Urlaubs aus seinem Dienstverhältnis aus, so muß der Urlaub entsprechend der geleisteten Arbeitsdauer abgegolten werden, sofern nicht die Entlassung auf Grund des Paragraphen 123 der Gewerbeordnung oder einer strafbaren Handlung im Sinne des Strafgesetzbuches erfolgt. Die Abgeltung erfolgt nur für je volle Monate. Für Zwischenurlaub wird kein Lohn bezahlt.

Somit ist der Bezirkstarif neu abgeschlossen und mit ihm die Urlaubsfrage bis zum 1. April 1929 geregelt, während die Lohnordnung eine vierwöchentliche Kündigungsfrist vorsieht.

Was ist nun erreicht?

1. Der Urlaub der Mechaniker ist in der alten Höhe erhalten geblieben. Weiter wird der Urlaub für dieselben heute nicht mehr nach Beschäftigungsjahren bei einem Arbeitgeber, sondern nach Berufsjahren gewährt. Hier liegt ein großer Erfolg. Der Mechaniker ist nicht mehr gebunden beim Urlaub an die Beschäftigungsjahre, sondern kann zu seiner weiteren Fortbildung die Arbeit wechseln, ohne eine Einbuße an Urlaubstagen zu haben.

2. Der Urlaub für Lehrlinge ist erhöht von 3 auf 6 Tage. Auch hier ein nicht zu unterschätzender Erfolg für unsere Lehrlinge.

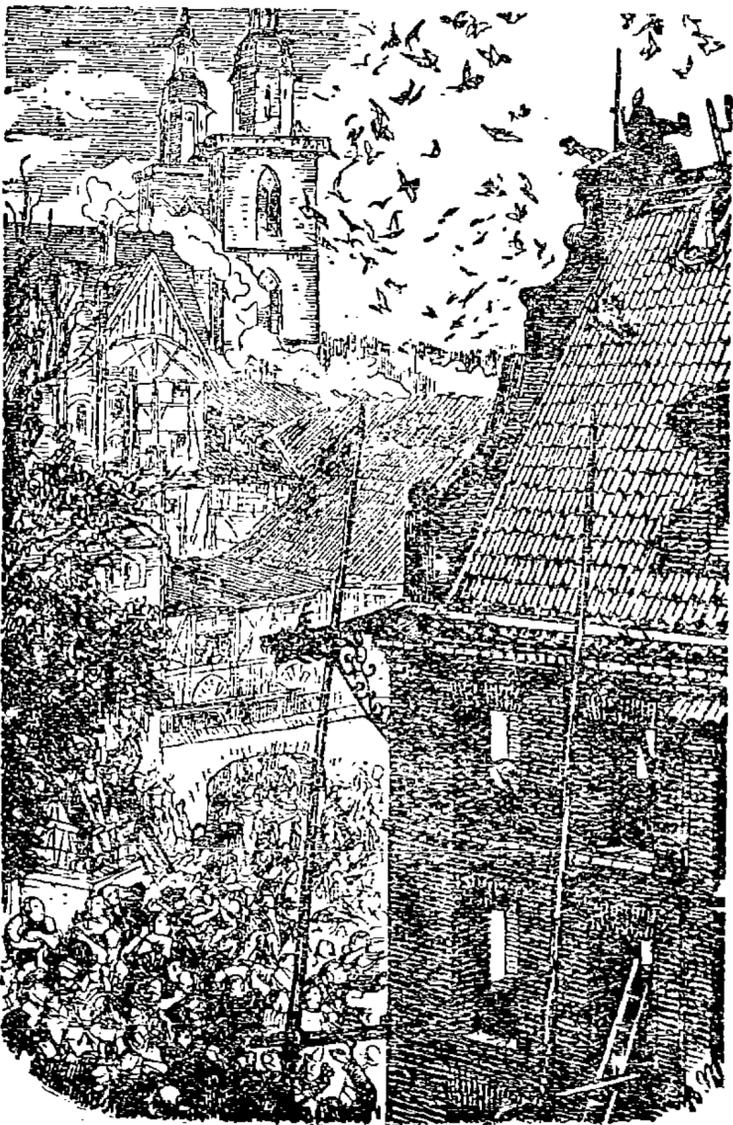
Nun auf und den letzten Mechaniker und Lehrling dem Christlichen Metallarbeiterverband zugeführt, weitere Erfolge können dann nicht ausbleiben. Sch.

Der Blitzschlosser von Wittenberg

Berthold Auerbach.

(Schluß.)

Ein Volk Tauben kommt dahergeflogen, sie fliegen gerade über ihn weg, und wie sie ihm zu Häupten sind, paff! da knallt ein Schuß, und



eine Taube stürzt herunter und fällt ihm gerade ins Gesicht und bespritzt ihn mit Blut, und er läßt die Stange los und stürzt selber nach, vom Dache jählings hinab auf die Straße.

Nicht wahr, es zuckt euch auch durchs Herz, wie wenn ihr plötzlich geworfen würdet? So zwischen Himmel und Erde schweben, zwischen Tod und Leben?

Ich sehe den Meister vor mir, wie er die Hand aufs Herz legt, wenn er das berichtet.

„Du kannst dir's nicht vorstellen“, sagt er, „und ich selber kaum mehr, wenn ich daran denke. In solchem Augenblick, da gibts keine Minuten mehr, da wars mir wie ein Stück aus der Ewigkeit. Hunderterlei, was sich gar nicht so schnell denken läßt, war da zusammengedrängt. Solltest du glauben daß ich nach dem ersten Schreck beinahe gelacht habe? Es ist mir gewesen wie wenn's nicht wahr wäre, es ist nicht wahr daß ich fliege, ich träume es mir, und doch habe ich's schnell wieder gewußt und eine Sünde aus meiner Anbetung. Daß ich einmal meine verstorbenen Eltern sterblich gesehen habe, daß sie in Ohnmacht gefallen — ist mir plötzlich durch den Sinn gefahren, so schnell, schneller, als sich mir denken läßt, und wie ich Schreien von unten höre, entsetzlich, jammervoll, da spüre ich erst, was mit mir vorgeht, und heiliger Gott! Mir ist durch den Sinn gefahren: Wehe! Wenn du in den Tod sinkst, dann hat der Aberglaube gesiegt! Ich leid's nicht Spring auf die Beine, du mußt, du mußt dich retten. Hilf mir, heiliger Gott! Das hat man mich schreien hören.“



H. & A.

Verbandsgebiet

Bellheim. Die Ortsverwaltung des Christlichen Metallarbeiterverbandes hatte ihre Mitglieder auf Pfingstsonntag, abends 8 Uhr, zu einer Versammlung in der Wirtschaft zum Löwen eingeladen, die sehr gut besucht war. Gewerkschaftssekretär Schwarz (Ludwigshafen) hielt in dieser Versammlung einen Vortrag über den Vorschlag der Verbandsgenerale zwecks Einführung der Altersinvalidenunterstützung im Christlichen Metallarbeiterverband. Der Referent behandelte in einem einstündigen Vortrag die einzelnen Paragraphen des zur Generalversammlung des Verbandes stehenden Statuteneinwurfes sowie noch weitere Verbandsangelegenheiten. In der sich anschließenden lebhaften Aussprache nahmen auch die Mitglieder Stellung zu dem Vorschlag, wobei noch besondere Wünsche zum Ausdruck kamen, die der Hauptleitung des Verbandes durch den Geschäftsführer zugeleitet werden sollen. Die Ortsgruppe Bellheim hat sich sehr gut entwickelt und zählt zur Zeit 114 Mitglieder. Der Vorsitzende, Herr Bignon, forderte am Schluß der Versammlung die Mitglieder auf, die Tageszeitung der Christl. Gewerkschaften, der „Deutsche“, zu bestellen. Dieser Aufforderung sind 10 Kollegen nachgekommen und haben den „Deutschen“ bestellt.

Der Geschäftsführer gab ferner noch bekannt, daß am 17. Juni die Bezirkskonferenz für das Jahr 1928 in Stuttgart stattfindet, zu der der Vorsitzende der Ortsgruppe Bellheim, Kollege Bignon, als Delegierter entsandt wird. Des Weiteren, daß am 23. und 24. Juni ein gewerkschaftlicher Bildungskurs des Verbandes im Antoniushaus in Oggersheim stattfindet, zu dem sich die Funktionäre des Verbandes anmelden sollen. Am 11 Uhr schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, daß sämtliche Mitglieder so wie in der Vergangenheit auch weiter für den Christlichen Metallarbeiterverband werben sollen, damit alle falschgorganisierten dem Christlichen Metallarbeiterverband zugeführt werden, was gerade in Bellheim noch viel zu wünschen übrig läßt da noch eine große Anzahl christlicher Arbeiter sozialdemokratisch organisiert sei.

Leipzig. Am 15. Mai fand für Sachsen und Mitteldeutschland eine Beamtenkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Leipzig statt. Auf der Tagesordnung standen vor allem organisatorische Fragen, die durch den Aufstieg des Verbandes brennend geworden waren. U. a. wurde für das Gebiet Halle a. d. S. ein Sekretariat neu gegründet und mit der Geschäftsführung der Sekretär Herbert Flügel betraut. Im Anschluß daran fand eine machtvolle Vertrauensmännerkundgebung im Bundeshaus der Gasthausangestellten statt. Die Leitung derselben lag in den

Händen des bewährten Führers der Verwaltungsstelle Leipzig, Gewerkschaftssekretär Krumsdorf.

Das Hauptreferat hatte der 2. Verbandsvorsitzende Kollege Schmitz übernommen. Mit anschaulichen Worten sprach er über die neue Altersinvalidenunterstützung des Verbandes und über die Notwendigkeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes für Sachsen. Kollege Schmitz zeichnete mit kurzen Worten die wirtschaftliche Lage Deutschlands und knüpfte daran die Forderungen für die Mitbeteiligung der Arbeiterschaft in der Wirtschaft. Reicher Beifall belohnte die ausgezeichneten, sachlichen Ausführungen, und eine lebhafte Aussprache schloß sich dem Referat an. Im Namen der Verwaltungsstelle Leipzig dankte der Leiter dem Redner für sein Kommen. Die neugeschaffene Altersinvalidenunterstützung wird hoffentlich dazu beitragen, daß die christlich denkende Kollegenschaft sich in noch größeren Zahlen unserm Verband anschließt. Möge diese wohlgelungene Veranstaltung ein neuer Ansporn zu eifriger Arbeit sein.

Ein dreifaches Hoch am Schluß der Kundgebung zeigte den Willen aller anwesenden Vertrauensleute, ihre Kraft in den Dienst des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands zu stellen.

Flügel.

Unsere Betriebsräte und Vertrauensleute

lesen die neue Schrift:

„Nationalisierung

der privaten und öffentlichen Wirtschaft“. Ihre Wege und Möglichkeiten. 68 Seiten stark. Zentralverlag Berlin.

Unsere Kollegen finden reichhaltiges Material in der Schrift. Sie kann bestens empfohlen werden.

ren, und ehe ichs weiß, stehe ich unten auf dem Boden, knicke zusammen und richte mich wieder auf.“

Der Erzähler hielt einen Augenblick inne. Nach einer Weile fuhr er fort: Mir benimmt den Atem, wenn ich daran denke, wie der Meister durch die Luft fliegt, daß alles geschaut und geschrien, geweint und gebetet hat, was da auf dem Markte stand. Das ist ja ein Wunder, was da geschehen ist — und alle, die nicht auf dem Marktplatz waren, haben es bereut, daß sie das Wunder nicht auch mit angesehen. Und wahr ist's, die Menschen lassen sich durch ein Wunder, oder etwas, das so aussieht, lieber bekehren als durch klare gesunde Vernunftgründe. Können euch denken oder könnt's euch eigentlich nicht denken, wie es den Brautleuten war, als sie wieder einander in den Armen hielten.

„Du bist mir vom Himmel geschenkt, und jetzt laß ich dich nimmermehr los“, sagt die Braut, und ich muß sagen, der Meister hat sein Leben lang, man kann es nicht Stolz nennen, aber eine gewisse besondere Zuvorsicht behalten, weil er einmal fast wie ein Wunder vom Tod errettet wurde.

Er hat später Glück gehabt, ein Kind aus dem Wasser zu retten, er hat die Ehrenmedaille dafür bekommen, hat sie aber nie getragen; hundertmal hat er gesagt, daß er ein Glückskind sei, weil ihm das zuteil geworden. Und tausendmal hat er mit Dank beteuert: „Ich habe mit Gottes Hilfe auch mich selber gerettet. Ein Wunder war's nicht, es war gar nichts Uebernatürliches dabei.“

Wer den Schuß getan? Ob er den Lauben, ob er dem Meister gesollt? fragt ihr. Der Schuß war aus einem Dachgiebel gekommen. Der Heuschmied war von dem Tag an aus der Stadt verschwunden. Man hat nie mehr etwas von ihm gehört. — Natürlich, daß jetzt alle taten, als ob sie ihr Leben lang kein Wort gegen das Aufrichten eines Blitzableiters gesagt hätten. Der Bäcker Stenz war natürlich auch befehrt Aber einen Aerger hat er doch von der Geschichte behalten. Den Tag nach der Rettung des Meisters kommt der Bruder des Stenz, der Schiffsmann gewesen ist aus Hamburg zurück und erzählt, daß man dort vor wenig Tagen auf dem Jakobiturm einen Blitzableiter aufgerichtet hat und das ist der erste in Deutschland. Hätte man dem Meister nicht soviel Hindernisse in den Weg gelegt, hätte Wittenberg den Ruhm des ersten Blitzableiters in Deutschland. Der Bäcker vergaß das der Schlosserzunft und dem Stadtpfarrer nicht.

Noch im Herbst ist auf unsere Schloßkirche ein Blitzableiter gesetzt worden, und wer hat ihn gemacht? Mein Meister. In der ganzen Umgegend hat alles nur von ihm Blitzableiter haben wollen, und er hat den Namen Blitzschlosser sein Leben lang behalten. Auf der Hochzeit, da solls lustig hergegangen sein wie noch nie, und der Professor hat dem Meister ein großes eingerahmtes Bild zum Hochzeitgeschenk gemacht und den

Spruch darunter gesetzt, der aus dem Lateinischen übersetzt sein soll und Benjamin Franklin ehrt, der sich auch um die Freiheit in Amerika so sehr verdient gemacht hat. Der Spruch heißt:

Des Himmels Blitz wußt' er zu bannen,
Das Schwert entriß er den Tyrannen.



Franklin ist unser Hausheiliger geworden. Versteht mich recht! Er war ein Mensch wie wir, aber gescheit wie der Tag und gerade und einfach wie ein Erzwater, und wenn der Meister besonders gut gegen mich gewesen ist, hat er mich Benjamin geheißt.

Arbeiterfamilie und Arbeiteraufstieg

Um die Wende 1800 holte die Industrie zu immer stärkerem Flügel Schlag aus; mitten in kleinen unbekanntem Dörfern wurden Erhornsteine aufgerichtet, und in die ländliche Stille, in Vogelruf und Aehrenrauschen dröhnte Hammerschlag und Stoß. Eisenbahnen begannen Ringe um Länder zu legen und Städte aus dem engen Kreis der Mauern herauszuwachsen. Damals zählte Duisburg 2000, Dortmund 4000 Einwohner, Gelsenkirchen und Hamborn waren noch kleine Bauernschaften. Da zogen im Frührot des werdenden Tages Bauernburschen ins Leben hinaus; auf dem Hof waren sie überzählig, so wollten sie sich darum in der Fabrik „verdingen“. Sie schauten sich wohl beim Wandern noch einmal um. Da lag der Kirchturm des Dorfes im Grünen; alles kannten sie im Dorf; sie waren in einer Gemeinschaft gefesselt; jeden Baum, jeden Strauch, jeden Vogelruf verstanden sie; das war Heimat, davon war ihre Seele voll. Jetzt wanderten sie ins Ungewisse. Derjenige, der sie herangeholt, begrüßte sie wohl mal bei der Ankunft, aber dann gingen sie in das Dunkel der damaligen Fabriken und standen dem neuen Gewaltigen, der Maschine, gegenüber.

Nach der Arbeit aber wurden sie in die Hinterhäuser verbannt, und die Gesellschaft, die sie hergerufen, hielt sie nur noch für Wesen zweiten Ranges, die eben zu arbeiten hatten, zu arbeiten — und zu gehorchen.

So wuchs das Arbeitergeschlecht heran, in engen, kleinen, ungesunden Wohnungen. In größeren Städten begann man sofort mit dem Einpferchen in Mietskasernen. Was man heute beklagt und mit Recht beklagt, daß Zehntausende nicht einmal ein eigenes Bett haben, sondern zu zwei und drei in einem Bett schlafen müssen, war zu Beginn der Geschichte der Arbeiterschaft eine ganz allgemeine Erscheinung, die man als „selbstverständlich“ ansah.

Nicht, als ob der Arbeiter damals nicht das Gefühl für bessere Wohnungen und Häuser gehabt hätte. Die sah er doch täglich, wenn er durch die Straßen seiner Stadt ging. Nicht das Gefühl dafür fehlte, sondern das Geld, das Einkommen. Ein Vollarbeiter im rhein.-westfäl. Industriegebiet erhielt um 1820 durchschnittlich 30 bis 50 Pfennig Lohn pro Schicht, und die Schicht galt nicht unter 12 Stunden. In der Tabak- und Textilindustrie auf der linken Rheinseite gab es Schichtlöhne damals von 15 bis 30 Pfg. in der Spitze, und im Riesengebirge zahlte man den Textilarbeitern sogar 5 bis 10 Pfg. pro Tag. Aber der Arbeiter bekam nicht einmal dieses geringe Geld ganz in die Hand. Nur ein Drittel seines Lohnes erhielt er in bar und für zwei Drittel mußte er Waren im Kramladen oder Konsum kaufen, dem die Frau oder die Töchter des Unternehmers vorstanden. Daß die Waren dort nicht zum Vorteil des Arbeiters verkauft wurden, versteht sich am Rande. Bei Krupp, einem der bestprosprierenden Werke, mit einer über-

dem Durchschnitt stehenden Lohnhöhe, erhielt ein Qualitätsarbeiter 1833 1,33 Mark pro Schicht, und auf der Eisenbahn wurden für mittlere Beamte 1869 1,50 Mark pro Tag als hoch angesehen.

Wenn nun dahinein noch die Stürme einer Krise schlugen, sah es für die Arbeiterschaft geradezu verzweifeln aus. In der Krise von 1875 bis 1880 sackte der Lohn im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im Laufe weniger Jahre von 1874 bis 1878 von 6 Mark auf 2,10 Mark. Die Essener Handelskammer berechnete den Durchschnittstageslohn 1877 höchstens auf 1,70 bis 1,80 Mark pro Tag, und hunderte tausende Erwerbsloser boten ihre Arbeitskraft für 1 bis 1,20 Mark Tageslohn an den Portiers der Fabriken an.

Dabei waren die Preise drückend hoch. Im Kruppschen Konsum in Essen kostete ein Pfund Speck 65 Pfg., ein Pfund Rindfleisch 65 Pfg., ein Zentner Kartoffeln 3,80 Mark, 1 Kilo Roggenbrot 15 Pfg.

Daneben lastete schwerster scharfmacherischer Druck auf der Arbeiterschaft. Sie stand vollständig schutzlos und machtlos jedem Drängen des Unternehmers gegenüber, der durch seine Macht die Arbeitszeit in schnelltem Tempo steigerte und den Lohn drückte.

Es ist notwendig, auch einmal auf solche Zeiten, die knapp zwei Menschenalter hinter uns liegen, hinzuweisen und sie denen eindringlich zu Gemüte zu führen, die heute zum alten Drehorgelton ihr Liedchen singen: Die Gewerkschaften haben ja doch nichts erreicht.

Wie steht es denn heute? Der Arbeiter ist heute im allgemeinen durchschnittlich doch so weit, daß er an Kleidung, Nahrung und Wohnung das Notwendige hat und daß seine zivilisatorischen Bedürfnisse mit Recht nicht nur gestiegen sind, sondern auch vielfach befriedigt werden können. Noch 1900 gingen wenig-

stens 30 Prozent aller Volksschüler einer Stadt mit Holzschuhen zur Schule — heute? Kragen und Mantel galten noch um 1880 als eine selbstverständliche Kleidung „besseren Stände“. Der Arbeiter trug Wochentags Holzschuhe und Sonntags oder nach Feierabend geblühte Pantoffeln mit einem entsprechenden seidene oder fattenen Halstuch. Der Arbeiter, der um 1890 seinen Bestand mit Küche, Schlafzimmer und Wohnzimmer begann, wurde zu den „Notabeln“ gerechnet. Ein Musikinstrument galt als ausgesetzener Luxus, von dem nur der „Quetschbeutel“ oder das „Echnüßörgelche“ (Mundharmonika) als Volksmusikinstrumente eine Ausnahme machten.

Natürlich gibt es auch heute noch hinsichtlich der Kleidung, Wohnung und Nahrung Ausnahmen, die erschreckend sind. Ganz besonders die Wohnungsfrage ist ein Schmerzenskind. Nicht nur wegen der furchtbaren idealen Folgen, die jede Wohnungsnot für ein Volk hat, sondern auch wegen der seltener gesehenen wirtschaft-



Richter

Der Taufgang

lichen Folgen. Das Zusammengepferchtsein auf wenige Zimmer oft nur auf ein Zimmer zeitigt häufig eine falsche Bedürfnisskala.

Aber selbst wenn wir diese Tatsachen schauen, müssen wir im Großen gesehen, dennoch anerkennen, daß die wirtschaftliche Sicherstellung der Arbeiterschaft heute größer ist als je.

Die Arbeiterschaft hatte früher den Einzelarbeitsvertrag. Sie stand dadurch ganz allein dem Druck des Werkes gegenüber, das Löhne nach Gutdünken festsetzte. Die Arbeitskraft war eine Ware, die man je nach Angebot und Nachfrage billiger oder teurer kaufen konnte. Bei jeder Krise wurde zunächst der Lohn in die Zange genommen und durchschnittlich schnell um 40 bis 50 Prozent gekürzt.

Heute hat die Arbeiterschaft den Tarifvertrag errungen, der die Arbeitskraft über den Warenmarkt erhebt und ihr eine Stabilität gibt. Allein dem Tarifvertrag ist zu danken, daß ein wesentlicher Lohnabbau noch nicht erfolgt ist, selbst als wir in der größten Krise 1926 standen, die Deutschland je erlebt hat.

Mag unsere Sozialversicherung noch manches zu wünschen übrig lassen, vor zwei Menschenaltern jedoch war der Arbeiter dem Schicksal, dem Unfall, dem Alter ohne jede Unter-

stützung preisgegeben. Und wieviel ist gerade durch die Sozialversicherung auch direkt für die Arbeiterfamilie geschehen.

Wir haben unsere Erwerbslosenunterstützung durchgesetzt, die trotz der Kargheit aber die Arbeitslosen über Wasser hält. Jeder Erwerbslose hat ein Recht auf diese Unterstützung. Vor zehn Jahren konnte der Erwerbslose höchstens die karitativen Vereine oder die Armenverwaltung in Anspruch nehmen. Aber mit der Inanspruchnahme der letzteren deklassierte er sich selbst zum Staatsbürger 2. Ranges, der nicht einmal mehr das Wahlrecht hatte.

Die Kurzarbeiterunterstützung ist durch die stete Arbeit der Gewerkschaften endlich durchgesetzt. Wer hätte daran auch nur vor fünf Jahren zu glauben gewagt?

Und wodurch ist dieser Aufstieg ermöglicht worden? Etwa durch Reden oder durch „radikale Löhne“? Nein, sondern dadurch, daß die Arbeiterschaft sich ihrer Kraft bewußt wurde und sich gewerkschaftlich zusammenschloß. Alles, was die Gewerkschaft, unser Christlicher Metallarbeiterverband, leistet und erreicht, kommt der Familie zugute. Die Arbeiterfrau mag daraus ersehen, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation ist; sie soll deshalb auch innerlich teilnehmen an der Arbeit des Verbandes, denn seine Stärkung ist auch die Stärkung und Besserstellung der Familie.

G. W.

Das Gehorchen der Kinder

Du rufst deinem Fritzli, der nun seit einer halben Stunde sich mit Schaukeln vergnügt, oder dem Anni, das Ball spielt, oder dem Söfeli, das schon den ganzen Nachmittag den Rain hinunter Schlitten fährt. Aber es müßten schon ausnahmsweise gut erzogene Kinder sein, wenn es nicht hiesse: „Ach, nur noch einmal!“, und auch dann noch muß es „wohl wollen“, wenn sie nach dem zugestanden einen Mal wirklich mit ihrem Spiel aufhören und deinem Rufe Folge leisten. Wahrscheinlicher wird aus diesem „nur noch einmal“ ein weiteres noch einmal und dann noch mehrere, und du bist sehr im Fertum, wenn du etwa meinst, nach dem siebenten Mal kämen sie dann lieber herauf. Im Gegenteil.

Oder wie hast du's selber, z. B. etwa morgens, wenn du aufstehen solltest? Da drehst du dich wohl lieber noch einmal auf die andere Seite; nur noch einmal, nur noch fünf Minuten, ach, wenn's nur noch eine einzige ist! Und doch hat dich eigentlich die Erfahrung gelehrt, daß das Aufstehen am leichtesten geht, wenn's augenblicklich geschieht: „Ja so, schon so spät? ich habe mich wohl verschlafen? Jetzt muß es aber sofort sein, sonst wird das Frühstück nicht mehr zur Zeit fertig.“

Wenn es gar kein Besinnen gibt, gar kein Entweder — oder, keine Wahl, wenn es einfach sein muß, und zwar „ein bißchen plötzlich“, dann kommen uns all die kleinen Unannehmlichkeiten des Aufstehens, ja des bloßen Entschlusses dazu gar nicht zum Bewußtsein, sie gehen unter in dem Bestreben, unserer Pflicht noch rechtzeitig nachzukommen, und wir sind vielleicht nachher ganz erstaunt, wie leicht und unbemerkt die uns sonst langweilige Prozedur des Aufstehens verlief. Aber haben wir je erfahren, daß sie uns leichter fiel, wenn wir erst noch fünf Minuten, dann noch drei, noch zwei, nur noch eine, eine einzige Minute! zugaben? Behüte, je länger, desto unlieber trennen wir uns vom Lager.

Sieh, liebe Mutter, so geht's deinem Kind mit dem Gehorchen.

Wenn dieses augenblicklich, sozusagen automatisch auf deinen Befehl, deinen Ruf zu erfolgen hat, so geht es ihm unendlich viel leichter, als wenn es dir erst noch lange abmarkten kann: nur noch einmal. Du erschwerst ihm mit deinem Nachgeben das Gehorchen. Und überlege dir doch einmal, ob es, wenn es den ganzen Nachmittag geschlittelt hat, nach dem zweiunddreißigsten Mal nun wirklich ein so dringendes Bedürfnis habe nach einem dreiunddreißigsten Mal? Nein, vielleicht war ihm das Schlitteln nun eben verleidet, vielleicht wäre es nun ganz von selber heraufgekommen, aber da du rufst, erwacht einerseits der Widerpruchsgeist, andererseits die Unlust des Gehorchens; es soll dir wohl irgend etwas besorgen, was es lieber nicht möchte, kurz, es möchte etwas ihm Unangenehmes hinauschieben — wie du beim Aufstehen. Und diese Schwäche sollst du nun eben nicht unterstützen mit einem nachgiebigen „Meinetwegen“, weil das Kind nachher um keinen Deut lieber gehorcht, sondern je länger es die Sache hinziehen kann, um so unwilliger. Und doch ist ihm nicht wohl bei diesem Zögern, und diese Stimmung äußert sich nachher in Unzufriedenheit und mütterlichem Weinen.

Ja, dieses „nur noch einmal“ folgt ihm nach sein Leben lang; sein Lebtag lernt es nicht, rasch einem Befehl, komme er von außen oder von innen, sei's ein äußerer Zwang oder ein moralisches Gesetz, Folge zu leisten; sein Lebtag wird es daher von seiner Unzufriedenheit beherrscht, die im Grunde ihm selber gilt, sich aber gern nach außen auswirkt, während die Gewohnheit rascher Erledigung dessen, was sein muß, die Ursache der Unzufriedenheit vorweg beseitigt, saubern Tisch macht vor sich und andern und eine gleichmäßig heitere Gemütslage schafft.

Darum lieber nicht: „Nur noch einmal“, sondern ein für allemal: „Sofort!“

Maria Steiger-Lenggenhager.

Was Kinder sagen

Unser Kleiner spielt fein mit Kastanien zu unsern Füßen. Ich unterhalte mich mit meiner Frau, und da plätsch — einer Bombe gleich — in unser Gespräch das Wort: „Du Miststück!“ Alf hat es gesagt, weil die Kastanie „nicht folgen wollte“.

Wir sind entsetzt. Das also lernt er auf der Straße!

Was tun? Einperren? Von den Kindern getrennt halten? Und sagen: „Unser Kind darf von nun ab nicht mit andern Kindern zusammenkommen!“

Wir überlegen ernstlich. Uns gehen dabei so manche Bilder durch den Sinn:

Kürzlich sagte meine Frau: „Nun, mein Junge, wo kommst du denn her?“

„Ich bin kein Junge, ich bin doch der Bahnmann!“

„Ach so, der Bahnmann hat wohl Hunger?“

„Nein, der bringt dir eine Fahrkarte nach Berlin! Da kannst du mitfahren, Mutti!“

Und draußen war der Bahnhof, die Züge rasten hin und her, und der kleine Stöpsel mußte Fahrkarten austeilen und hörte dabei so viel Bescheides, daß es jammerschade wäre, wenn er das entbehren sollte.

Andern Tages wurde ich gerufen: „Sieh nur mal schnell, was die Kinder machen!“ Und sie hatten da ein Kinderwagengestell überbaut: Eine Kiste war die Wohnung der Zirkusleute, Stangen waren daran angenagelt, und die hielten eine Decke. In der Kiste war eine Fußbank, daneben eine Kaffeekanne und ein Topf als Sinnbilder einer Kücheneinrichtung der fahrenden Artisten. Auf der Fußbank saß Uta, seine Gespielin, Alf stolz daneben, und vier Pferde zogen sie begeistert durch die Straße. Die Pferde hatten den Wohnwagen gebaut, und dann hatten sie die kleinen Kerle hineingesetzt. Das Augenleuchten aller Beteiligten! Und das Erzählen des Jungen von dem großartigen Ereignis!

Daß er mal als Löwe von der Straße kommt oder als Engel, wenn sie Himmel gespielt haben, daß er an der Tür klopft und der „Frau Meier“ einen Brief bringt, wenn er nicht mehr Sohn, sondern



„Von Rosen ein Kränzelein“

tragen den andern gegenüber. Ganze Bündel neuer Erlebnisse weiß so ein Kind allabendlich zu berichten.

Was ist gegen so ungeheure Vorteile ein derber, unbestandener Ausdruck?

Wollten wir die Kinder absperren, hübsch säuberlich in der Stube halten oder im Glashaufe — gewiß würden sie verpönte Ausdrücke vermeiden. Sie würden aber auch verkümmern. Sie würden menschenfurchig, eng in ihrer Auffassung und einseitig, lernten nicht sich einordnen im Spiel, sich vertragen, sich wehren und behaupten den Größeren gegenüber; sie lernten nicht befehlen, führen, anordnen und helfen in der Gesellschaft der Kleineren. Alles das muß dem Kinde an der Kette, am Rockschloß oder im Käfig ver sagt bleiben. Und leicht wird es dann umgestoßen von der Welt, die weder auf Samtfüßchen geht, noch mit seidenen Handschuhen anzufassen pflegt.

Mag er meinetwegen solch kräftige Ausdrücke bringen! Schadet das seiner Seele? Das Kind weiß ja gar nicht, was gemeint ist. Gedankenlos plappert es nach. Und wenn es größer ist und

vernünftiger, dann wird ihm gesagt: „Mein lieber Freund, so etwas sagt ein gutes Kind nicht!“ Und das genügt. Arm sind die Kinder, die um der sogenannten Wohlstandigkeit willen um die schönste Spielzeit des Kinderlebens betrogen werden! Uns Erwachsenen ist in der Hast täglicher Arbeit die Phantasie verkümmert, und wir sind nicht mehr fähig, kindliche Gespiele zu ersehen. Glückselig das Kind, dem nicht enge Mauern den Garten der Kindheit umgrenzen.

Willy Steger

Eine Minute für die Hausfrau

Vom Uebelnehmen

Sicherlich nehmen Frauen leichter und schneller übel als Männer. Und doch gibt es auch zahlreiche Männer, mit denen man nur sehr vorsichtig umgehen kann, weil sie jedes Wort auf die Waagschale legen und alles gleich übelnehmen.

Meistens geht das Uebelnehmen Hand in Hand mit einem gewissen Mißtrauen. Manchmal ist's natürlich berechtigt, und doch sollte der Beleidigte erst mit sich selbst zu Räte gehen, ehe er die Konsequenzen zieht.

Wodurch entsteht diese Eigenschaft? Sehr häufig durch Zurücksetzung: man merkt, nichts wird anerkannt; man darf sich noch so große Mühe geben, alles ist nichts. Dann ist's klar, daß man verletzt, beleidigt ist. Natürlich darf das nicht ausarten, man darf nicht hinter allem etwas wittern, wo gar nichts vorhanden ist, sonst ist ein harmonisches Zusammenleben und -arbeiten unmöglich.

Auf alle Fälle ist derjenige, der mit der Eigenschaft des Uebelnehmens behaftet ist, bedauerenswert und nicht gut daran; sie nimmt dem Betroffenen die Unbefangenheit und Leichtigkeit im Leben.

Wie kann man diese Eigenschaft bekämpfen? Sehr viel durch Selbsterziehung und Beherrschung. Natürlich ist das leichter gesagt als getan. Ist sie mal eingewurzelt, so ist es sehr schwer, sie wieder auszurotten. Deshalb sollte man von frühester Jugend anfangen, an sich zu arbeiten. Das Uebelnehmen kann sich leicht zu einer Krankheit auswachsen, die dem Betroffenen selbst und der Umgebung das Leben unnützlich schwer macht. Keineswegs darfst du dich so gehen lassen, daß auf dich der bekamte und vielbelachte Ausspruch paßt: „Was tut Frau X?“ — „Ach, die sitzt im Salon auf dem Sofa und nimmt übel.“

Isabella.

Ärztliche Ratichläge

Die Wurmkrankheit der Kinder

Von Dr. Karl Uder.

In letzter Zeit sind wieder Fälle von Wurmkrankheiten bei Kindern aufgetreten, und es mag zweckmäßig sein, auf einen kürzlich gehaltenen

Die beiden Löwen

Aus dem Lore einer am Rande der Wüste Sinai liegenden Karawanserei traten ein Mann und eine Frau. Ein gesattelter Esel wartete vor dem Tore, und Joseph, der Mann, half seiner Frau in den Sattel und reichte ihr dann das Knäblein, das er auf dem Arme trug, und das seine beiden Aermchen freudvoll der Mutter entgegenstreckte. Der Wirt der Herberge und sein Knecht waren den beiden Reisenden gefolgt. Joseph griff in die Falten seines Rockes und holte aus seinem Geldbeutel einen Denar, den er dem Knechte zum Abschied überreichte. „Friede sei mit euch!“ grüßte er dann die beiden und nahm seinen Esel am Zügel, während das Bublein janzhend in die Hände klatschte.

„Gute Reise und gute Geschäfte!“ erwiderte der Wirt den Abschiedsgruß, einen musternden und fragenden Blick den Davonwandernden nachsendend. „Merkwürdige Menschen“, sagte er dann zum Knecht, als die Gäste außer Hörweite waren. „Was fällt auch dem Manne ein, auf der Geschäftsreise Frau und Kind mitzunehmen und sie dem Sonnenbrand und der Wüstenglut auszusetzen. Ich habe ihn umsonst auszutragen versucht, woher er komme und welchen Zweck seine Reise ins Land der Aegypter habe; er gab mir nur ausweichenden Bescheid.“

„Er scheint ein Gewürzkrämer zu sein“, antwortete der Knecht, dessen schielende Augen etwas Heintückisches hatten; „ich habe heute Nacht die Satteltaschen seines Esels durchsucht; sie enthielten Weihrauch und Myrrhen. Und vorhin sah ich in seinem Beutel Goldstücke glänzen.“

Der Wirt wandte sich achselzuckend ins Haus zurück, während der Knecht noch eine Weile den Wandernden nachschaute.

Als die Mittagssonne desselben Tages fast senkrecht über der Karawanserei stand, herrschte Stille in Haus und Hof. Sahib, der Knecht, lag im Schatten des Torbogens und war eingeschlafen. Da wurde er plötzlich von einem reitenden Soldaten in seiner Ruhe gestört und erhob sich, dem Reiter das Pferd zu halten. Schweißtiefend sprang der Krieger vom Hof, hastig nach dem Wirt fragend.

„Er pflegt der Ruhe“, gab der Knecht Bescheid. „Dann wecke ihn sofort“, befahl der Reiter, „ich muß gleich mit ihm sprechen. Und dann schaff mir einen Trunk und sorg für mein Pferd, wir verschmachten beide.“

Warum reitet Ihr auch während der größten Hitze, ein Wunder, daß Euch kein Sonnenstich traf“, erwiderte der Knecht.



Vortrag von Stadtmedizinalrat Dr. Koch (Leipzig) hinzuweisen, der, ebenso wie Prof. Dr. Napha in Halle, systematische Untersuchungen von Schulkindern hinsichtlich Wurmkrankheit vornahm. Mancher Mutter wird wenn sie die Erscheinungen der Wurmkrankheit kennenlernt, erst ein Licht aufgeht, weshalb das Kind, ohne daß bisher ein Grund gefunden werden konnte, schlecht aussieht, an Gewicht nicht zunimmt, unruhig, „zappelig“, nervös ist. Bekanntlich finden sich bei verurteilten Kindern jene gewissen dunklen Ringe unter den Augen, und oft kann man schon daraus mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf schließen, daß das Kind an Wurmkrankheit leidet. Die kleinen Patienten schlafen schlecht, denn die Würmer kriechen gerade während der Nacht oft aus dem Darm und legen Eier, wodurch heftiges Jucken entsteht, das so arg werden kann, daß sich die Kinder die Haut zerkratzen und Entzündungen verursacht werden. Man darf sich nicht wundern, wenn ein Kind, das schlecht schläft, morgens nervös ist und keine Lust hat, zu lernen. Es können aber auch starke Leibscherenzen, Blinddarmentzündungen, ja sogar Augenkrankheiten durch die Würmer verursacht werden. Es gibt Mittel gegen Madenwürmer in großer Menge, nicht jedes aber hilft. Eine wirkliche Heilung kann nur erfolgen, wenn die Würmer im Darm des Kindes getötet werden, indem man Durchfall hervorruft. Von besonderer Wichtigkeit ist ferner, daß die geheilten Kinder nicht durch die anderen, noch wurmkranken, immer wieder von neuem angesteckt werden, was Aufgabe gründlich durchgeführter hygienischer Maßnahmen ist. Bezüglich der Frage, wie die Ansteckung mit Würmern vor sich geht, hat ein Forscher einen interessanten Versuch gemacht. Er prüfte die — Fingernägel von ganzen Schulklassen, und fand bei einer nicht geringen Anzahl der Kinder Würmereier. Diese Eier steckten unter den Fingernägeln. Ein anderer Forscher hat daran erinnert, daß während des Krieges in den Soldatenlagern, vor allem aber unter den Gefangenen, besonders unter den Russen, hochgradige Verwurmung vorhanden war. Er verwies mit Recht darauf, daß Kinder, Spielplätze oft verschmutzt werden und so die Ansteckung der Kinder mit Würmern fördern. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als bekanntlich Kinder zuweilen schwerer an Sauberkeit zu gewöhnen sind als Erwachsene. Man muß also, wenn sich Fälle von Wurmkrankheit zeigen, die ganze Klasse untersuchen, um diejenigen Kinder aufzufinden, die stark verwurmt sind, denn sonst ist alle Arbeit vergebens.

Um die Wurmkrankheit zu heilen, muß, wie erwähnt, künstlich Durchfall erzeugt werden; es besteht aber kein Anlaß zur naheliegenden Beforgnis, daß die Kinder infolge dieses künstlichen Durchfalls ernstlichen Schaden erleiden. Wenn überhaupt eine Gewichtsabnahme infolge dieser Behandlung eintrat, so betrug sie höchstens ein Pfund. Dafür aber merkte man nach erfolgter Heilung bald, daß eine Veränderung des Kindes in außerordentlich günstigem Sinne eintrat. Das Körpergewicht nahm in oft geradezu überraschender Weise zu. So zum Beispiel gewann ein fünfjähriges Mädchen binnen drei Monaten nach Befreiung von Würmern sechs Pfund; ein siebenjähriges Kind schon in neun Wochen sechs Pfund. Auch sonst wird der Körper des Kindes durch diese Abführbehandlung innerlich gründlich gereinigt. Kein Wunder, daß die Kinder dann förmlich aufblühen, daß ein Forscher, dem man ein solches geheiltes Kind vorstellte, an — Ferkel dachte, während es doch tatsächlich sich nur um ein von Würmern geheiltes Kind handelte. Die Wurmkrankheiten über-

trafen zuweilen in ihrer günstigen Wirkung sogar Erholungskuren, und man kann geradezu behaupten, daß es gar keinen Zweck hat, wurmkranken Kinder Erholungskuren durchmachen zu lassen, bevor sie nicht gründlich von ihren Würmern befreit worden sind.

Bekanntmachung

Sonntag, den 17. Juni, ist der 25. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Konsequenzen aus den letzten Wahlen (G. W.), S. 369. Europäisches Zinkkartell und Weltpolitik (Badow-Berlin), S. 371. Die Anwendungsformen der Nationalisierung (B. V.), S. 372. Stimmen zur Alters-Invalidentenunterstützung (J. Krott, Aachen; Vertrauensmann Gustav Kattlenbeul), S. 373. Gesundheit der Industrie und Aufstieg der Arbeiterschaft (Dr. Hermann Lufft), S. 374. Gefahren und Schutzmaßnahmen in galvanotechnischen Betrieben (R. Schuch, Chemiker), S. 376. Schwereindustrielle Katastrophenspolitik und Saararbeiterschaft (o—k), S. 377.

Aus den Betrieben:

Krankheit und fristlose Entlassung; Sonderbare Interessenvertretung, S. 378. Büromaschinenmechaniker, S. 379.

Unterhaltung:

Der Blitzschloffer von Wittenberg, S. 379. Die beiden Löwen, S. 383.

Verbandsgebiet:

Bellheim; Leipzig, S. 380.

Frauenleben:

Arbeiterfamilie und Arbeiteraufstieg (G. W.), S. 381. Das Gehorchen der Kinder (Maria Steiger-Lenggenhager), S. 382. Was Kinder sagen (Willy Steiger), S. 382. Vom Uebelnehmen, S. 383. Ärztliche Rat schläge, S. 383.

Bekanntmachung:

Seite 384.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.

„Halt dein Maul und tu, was ich dir befohlen!“ herrschte der Soldat ihn an.

Mit einem scheuen Blick den Reiter streifend, huschte der Knecht ins Haus, um den Wirt zu rufen. Derweil band der Soldat sein Pferd an einem Ringe in der Mauer fest und setzte sich dann in den Schatten des Torbogens.

Mit einer unterwürfigen Miene, die doch den Aerger über die gestörte Ruhe nicht ganz verwischen konnte, trat bald darauf der Wirt aus dem Hause.

„Hier bin ich, was ist Euer Begehre?“ fragte er den Angekommenen.

„Ich will wissen, ob gestern oder heute ein Reisender hier Einkehr gehalten hat, der auf einem Esel Frau und Kind mit sich führt.“

Der Wirt sah seinen Knecht mit einem Augenzwinkern an und wandte sich dann wieder zum Soldaten:

„Es ist nicht mein Brauch, über meine Gäste Auskunft zu erteilen. Ich laße sie mit Speis und Trank, und im übrigen laße ich sie ungeschoren.“

„Mach' keine Glausen! Ich habe Auftrag, nach den Genannten zu fahnden, und du bist verpflichtet, einem römischen Soldaten Bescheid zu sagen über alles, was er dich fragt. War der Mann, der auf einem Esel Weib und Kind mit sich führt, in deiner Herberge? Antworte!“

„Ja, es war ein solcher hier, er ist aber heute morgen weitergereist.“

„Verflucht“, knirschte der Soldat, „wohin hat er sich gewandt?“

„Er reise ins Aegypterland, das war alles, was ich von ihm erfuhr“, antwortete der Wirt.

„Hältst du es für möglich, ihn einzuholen?“ forschte der Soldat.

Der Wirt sah wiederum auf seinen Knecht und sprach mit ihm, doch konnte der Soldat den Inhalt ihres Gespräches nicht verstehen.

„Es ist möglich, sie einzuholen, wenn man den Wästenweg und die Stationen kennt. Sie werden wahrscheinlich in der Dase, die eine Tagesreise von hier entfernt liegt, nächtigen.“

„Kannst du mir deinen Knecht mitgeben, daß er mir den Weg weisse? Ich muß der Reisenden habhaft werden. Der König Herodes hat es mir befohlen bei Verlust meines Kopfes.“

„Es ist unmöglich, daß du mit deinem Pferde die Reisenden einholst. Der Wästenland hindert das ermüdete Tier, rasch vorwärts zu kommen. Ich könnte dir ein Kamel geben und mein Knecht begleitet dich.“

„Ich kann kein Kamel reiten“, antwortete der Soldat. Willst du nicht mit dem Knechte die Wanderer verfolgen? Der Mann führt Schätze bei sich, die ihm Magier aus dem Morgenland geschenkt haben. Diese Schätze sind dein, wenn es dir gelingt, das Kind lebend oder tot mit auszuliefern.“

Ein begehrllicher Blick leuchtete in den Augen des Wirtes auf; fragend sah er auf seinen Knecht. „Was meinst du, Sahib?“ sagte er.

Sahib warf einen schielenden Blick auf den Soldaten. Dieser erinnerte sich der barschen Worte, die er bei seiner Ankunft zum Knechte gesprochen, und um ihn willig zu machen, versprach er ihm hundert Denare, wenn er mit seinem Herrn den Auftrag ausführe.

„Wir könnten bis morgen früh zurück sein“, sagte der Knecht. „Es wird nicht schwer sein, des Nachts die schlafenden Wanderer zu töten und uns des Kindes zu bemächtigen. Aber eine solche Tat begehre ich nicht um lumpiger hundert Denare willen.“

Der Soldat wollte zornig werden, doch er beherrschte sich und bot dem Knechte zweihundert Denare.

„Wenn mein Herr einverstanden ist, so will ich um diesen Preis mit ihm reiten“, erwiderte Sahib.

„Wir führen als gehorsame Diener der Obrigkeit deinen Befehl aus“, entschied der Wirt. „Gatte die Kamel“, befahl er dem Knecht.

„Ich werde hier auf eure Rückkehr warten“, sagte der Soldat. „Und jetzt schaffe mir einen Trunk!“ Er folgte dem Wirt ins Innere des Hauses, derweil Sahib die Kamel für den abendlichen Ritt rüstete.

Die Sonne sank glühend rot im Westen, als Joseph und Maria mit dem Knäblein sich der Dase näherten, wo sie die Nacht zubringen wollten. Im Süden säumte felliges Gebirge den Horizont, im Westen konnte ein scharfes Auge einige Pyramidenspitzen sich vom geröteten Abendhimmel abheben sehen. Ein leiser Abendwind spielte in den Kronen der Palmen, die den Quell der Dase umsäumten.

Die Wanderer waren müde und staubbedeckt. Das Knäblein schlief schon längst im Mutterarm und wurde nun sorglich ins Gras gebettet. Joseph und Maria verzehrten ihr Nachtmahl, dann legte sich die Mutter zum Ruhe und war bald eingeschlafen. Joseph band den Esel an einem Baume fest und lehnte sich dann mit dem Rücken an den Stamm einer Palme. Er wollte wachbleiben, doch bald überwand ihn die Müdigkeit, sein Haupt fiel auf die Brust herab, auch er war eingeschlafen.

(Schluß folgt.)